

# VORWORT

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Seite-8:  
Stoppt die Atom-Mafia!



Nr. 84 — Juli/August 1986  
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

## Unternehmerherrschaft heißt: Die Arbeiter tragen das Risiko

Die Atomunfälle der letzten Zeit haben uns eindringlich gezeigt, mit welcher Zeitbombe wir leben. Aber neben dieser Sorge bedrückt viele von uns tagtäglich eine weitere: Die Angst und die Unsicherheit wegen eines Arbeitsplatzes.

1984 versprach Norbert Blüm, Arbeitsminister, mehr Arbeitsplätze durch „Arbeitszeit nach Maß“ — durch Zeitverträge, Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit. Es hat sich gezeigt: Diese Möglichkeiten sind wirklich maßgeschneidert — für die Unternehmer nämlich!

Sie haben keine neuen Arbeitsplätze gebracht — die verdanken wir der von den Gewerkschaften erkämpften Arbeitszeitverkürzung —, sondern nur eine Aushöhlung des Schutzes der Arbeiter.

Zeitverträge, das sind Arbeitsverträge, die Arbeitslosen oder Lehrlingen vorgelegt werden, sind auf 18 Monate befristet. Eine Kündigung und damit eine Angabe von Gründen ist nicht mehr nötig. Jeder 3. Arbeitslose, der überhaupt eine Stelle bekam, mußte sich mit einem dergleichen Vertrag begnügen, so auch 20-30% aller im Handel Eingestellten. Frauen erhalten sogar meist Verträge, die auf 6 Monate befristet sind. So umgeht der Unternehmer alle gesetzlichen Vorschriften z.B. des Mutterschutzes.

Die Möglichkeit, Leiharbeiter zu beschäftigen, ist von 3 auf 6 Monate heraufgesetzt worden. Das führt

dazu, daß reguläre Arbeitskräfte oder Planstellen gestrichen und mit billigeren Leiharbeitern besetzt werden, die man nach Bedarf heuern und feuern kann.

Auch Aushilfsverträge, für manchen Arbeitslosen die letzte Rettung, haben diesen Vorteil für die Unternehmer, und noch einen weiteren dazu: Er muß keine Beiträge zur Sozial- und Krankenversicherung bezahlen. Durch geschickten Einsatz dieser neuen vertraglichen Möglichkeiten konnten die Unternehmer insgesamt eine Kostensenkung erreichen, die 3% ihres Umsatzes entspricht.

Soviel zum vielbeschworenen unternehmerischen Risiko. Für die Arbeiter bedeuten diese Regelungen: Unsicherheit und Lohnverlust. „Wir sind ständig in der Probezeit“ — so hat ein Betroffener die Situation gekennzeichnet.

Von der Arbeiterbewegung erkämpfte Errungenschaften, wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Mutterschaftsurlaub, Beteiligung der Unternehmer an Sozial- und Krankenversicherung, werden außer Kraft gesetzt, genau wie ein An-

spruch auf Weiterbeschäftigung. Ein Zusammenwachsen der Belegschaft und damit auch eine gemeinsame Organisation werden erschwert.

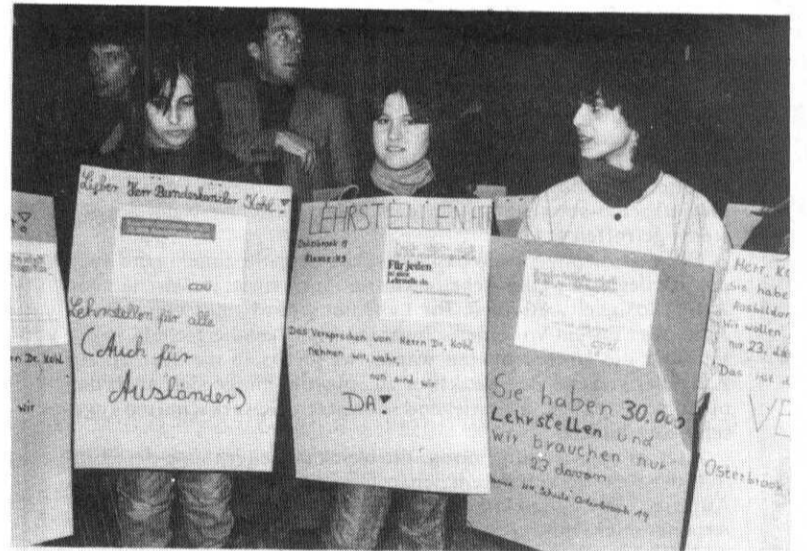
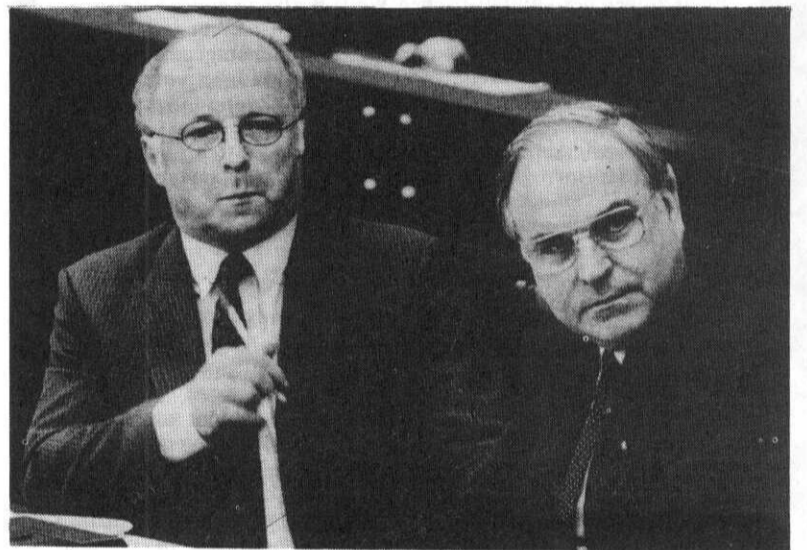
Hinzu kommt die enorme Belastung, wenn man weiß: In einem halben oder in anderthalb Jahren bin ich wieder arbeitslos. Wie kann ich dann die Familie ernähren, die Miete bezahlen? Längerfristige Planung ist unmöglich, größere Anschaffungen kann man sich nicht mehr leisten. Wird man überhaupt wieder eine Arbeit finden? Die entnervende Arbeitssuche wird zum Dauerzustand.

Das ist das Ergebnis der „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit! Aber von einer Unternehmerregierung kann man nichts anderes erwarten, als daß sie die Interessen der herrschenden Klasse vertritt. Veränderung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeiter muß so aussehen:

- Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn.
- Keine Leiharbeit und Zeitverträge, sondern einen garantierten Ausbildungs- und Arbeitsplatz für jeden.
- Garantierten Mindestlohn von 1500 DM für jeden.

Kämpft mit in den Gewerkschaften und der SPD für die Durchsetzung dieser Forderungen!

Barbara Kirschbaum, Köln  
Jungsozialistin



Oben: WAHL 87 — Auch Kohl und Blüm bangen um ihren Arbeitsplatz.

Unten: ABM, Zeitverträge, längerer Wehrdienst, etc., verringern nicht das Arbeitslosenheer, verschönern aber die Statistik.

## Nach der Niedersachsen-Wahl SPD muß Arbeiter und Jugend mobilisieren

Die Niedersachsen Wahl hat gezeigt: die SPD kann nach wie vor die absolute Mehrheit erringen. Das Ergebnis war ein wichtiger Test für die Bundestagswahl und hat den Trend weg von der CDU eindeutig bestätigt. Für die bürgerlichen Parteien war es bis zuletzt eine Zitterpartie: zu Zehntausenden liefen ihnen die Wähler davon, so daß sie jetzt im Landtag nur noch über eine knappe Mehrheit von einem Sitz verfügen.

Jeder 2. niedersächsische Wähler sah laut Umfragen vor allem bundespolitische Aspekte im Vordergrund. 6 % Verluste für die CDU sind die Quittung für die Kohl-Regierung. Albrecht hat diese Belastung durch die Bonner Regierungspolitik zu spüren bekommen. Vor der Wahl entwickelten sich beträchtliche Spannungen zwischen der niedersächsischen CDU und der Bundespartei, die in Sachen § 116 und EG-Agrarpolitik die bevorstehende

Niedersachsen-Wahl völlig zu ignorieren schien.

Erst in letzter Minute gab es Wahlgeschenke aus Bonn in Form von Subventionen an die Landwirtschaft und Einbeziehung der sogenannten „Trümmerfrauen“ bei der rentenwirksamen Anerkennung der Erziehungsjahre.

Dennoch verpaßten besonders die Bauern der CDU einen Denktzettel. In landwirtschaftlich geprägten Wahlbezirken verlor die CDU mit

7,5 % überdurchschnittlich hoch. Dieser Trend, der schon bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen deutlich wurde, könnte besonders bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern am 12. Oktober zu Buche schlagen. Die von Bonn unterstützte EG-Agrarpolitik zugunsten von Großgrundbesitzern und landwirtschaftlichen Großbetrieben stößt besonders bei Klein- und Jungbauern auf immer größeren Widerstand. Sie fühlen sich auch durch die traditionellen Bauernverbände (mit reichen Großgrundbesitzern wie Freiherrn von Heeremann an der Spitze) nicht mehr vertreten. Hier ist ein Potential für die SPD, das durch eine klare politische Alternative gewonnen werden könnte. Bislang hat es nur zu Wahlenthaltungen zuungunsten der CDU ge- reicht.

Die FDP hat wider Erwarten den

Sprung in den Landtag geschafft. Dies verdankt sie vor allem Leihstimmen von CDU-Wählern (ca. 50.000). Als nach den Umfragen zunehmend deutlich wurde, daß die CDU ihre absolute Mehrheit verlieren würde, schwenkte Albrecht kurz vor der Wahl auf eine Unterstützungskampagne für die FDP ein.

### FDP - die kleine Partei des großen Kapitals

Obwohl die FDP-Stammwählerschaft gering ist, konnte der Abwärtstrend der ersten fünf Landtagswahlen nach der Bonner „Wende“ gestoppt werden, bei denen die FDP aus dem Landtag flog. Vor allem das Großkapital hält diese Partei durch massive Zuwendungen am Leben, hat sie doch durchaus eine nützliche Funktion: als Mehrheitsbeschaffer

für Koalitionswechsel, als kleine und flexible Partei, die die Interessen des Kapitals ohne größere innere Reibungen aufgreifen und vertreten kann. Auch in Bonn ist es vor allem die FDP, die sich fast rechts von der CDU befindet und am eifrigsten Angriffe auf Arbeitnehmerrechte propagiert.

Doch die zentrale Frage nach der Niedersachsen-Wahl ist: warum hat es die SPD trotz Unruhe bei den Bauern, trotz Tschernobyl, trotz der Albrecht-Affäre um den fingierten Bombenanschlag bei Celle, trotz § 116, trotz überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit in Niedersachsen nicht geschafft, die absolute Mehrheit zu erreichen?

Fortsetzung Seite 7

## KAMPFONDS

### Spende für Deine Zukunft!

Tschernobyl hat es uns noch einmal gezeigt: Keine strahlende, sondern eine verstrahlte Zukunft und eine verseuchte Umwelt erwarten uns, wenn wir einen Tag länger die Verantwortung für unser Leben in den Händen der Herrschenden in Ost und West lassen

Tschernobyl macht es deutlich: Die atomare Gefahr macht auch vor Ländergrenzen nicht halt. Deshalb muß eine internationale Lösung her!

VORAN unterscheidet sich von jeder anderen Zeitschrift der deutschen Arbeiterbewegung, in dem sie sich nicht nur für eine sozialistische Veränderung der kapitalistischen Länder einsetzt, sondern auch zu den Ostblockländern eine klare kritische Stellung bezieht. Wir sehen, daß eine politische Revolution nötig ist, um die alteingesessene Bürokratie aus dem Sattel zu heben und eine Arbeiterdemokratie auf der Grundlage der bereits vorhandenen Planwirtschaft zu errichten.

Wenn Du mit diesen Zielen übereinstimmst, setz' Dich auch dafür ein, daß die Marxisten in der SPD stärker werden — und das geht nur

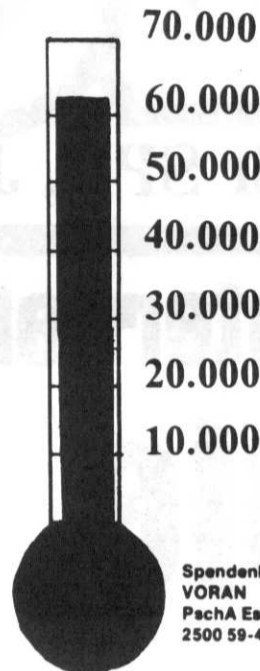
indem unsere Zeitung öfter erscheint und größer wird. Das setzt wiederum voraus, daß wir mehr Geld haben, um die Redaktion personell und materiell besser auszustatten. Mit Deiner Spende leistest Du einen konkreten Beitrag dazu, daß der Tag näher kommt, an dem wir keine Angst mehr vor der Zukunft haben müssen.

Hier seien einige Leser genannt, die schon einen Beitrag geleistet haben:

4,20 DM Gerhard Schröder, SPD-Oppositionsführer Niedersachsen;  
8,40 R. Schauff, Jungsozialistin, Gelsenkirchen; 19,20 DM R. Claus, Köln; 96,- DM Tim Kuhlmann, DB-Beamter und Juso, Remscheid.

Essener Leser haben um den Ausgang der Niedersachsen-Wahl gewettet und 60 DM eingenommen; in Bremerhaven und Hamburg erzielten Leser einen Überschuß von 20,40 DM bzw. 21,50 DM beim Verkauf der Zeitung; Stuttgarter Jusos hatten die sehr erfolgreiche Idee, Fotos von Teilnehmern am Juso-Bundeskongreß zu verkaufen und haben einen Gewinn von 120 DM damit gemacht!

Fiz Garvie, Redaktion Köln



## Aufbruch in Südafrika

Die Lage in Südafrika wird immer explosiver. Die Kämpfe der Schwarzen gegen das rassistische Apartheid-Regime von Premierminister Pieter Botha spitzen sich zu. Das merken jetzt auch die Multis und das internationale Kapital. Nachdem sie durch die Rassentrennungspolitik jahrzehntelang traumhafte Profite einfahren konnten, entdecken nun Konzerne wie z.B. Coca Cola ihr Herz für die schwarzen Arbeiter und „boykottieren“ das Apartheid-Regime. Der Grund dafür sind natürlich weniger moralische Bedenken als vielmehr die Furcht, durch eine nicht mehr aufzuhaltende schwarze Revolution alles zu verlieren.

Durch ihren „Boykott“ wollen sie (und ihre Handlanger in den Regierungen der kapitalistischen Welt) Botha zu einigen Reformen und Zugeständnissen an die Schwarzen bewegen. Auf diese Weise hoffen sie, den revolutionären Druck von unten abzufangen. Auch die südafrikanischen Kapitalisten selbst fordern inzwischen Reformen — angesichts einer ständig wachsenden schwarzen Gewerkschaftsbewegung.

Doch so sehr das Regime Botha es vielleicht anstrebt: Für grundlegende Reformen besteht kaum ein Handlungsspielraum. Die Herrschenden sind heute Gefangene ihrer gestrigen Politik:

— Der Kapitalismus hat in Südafrika keine andere Basis als die Sklavenarbeit der Schwarzen, denn nur so konnte er mit den entwickelten kapitalistischen Ländern konkurrieren. Kapitalismus und Apartheid sind untrennbar verbunden.

— Zur Absicherung der Herrschaft über 26 Millionen Schwarze und Farbige wurde die weiße Mittelschicht sowie die weiße Arbeiterklasse besonders privilegiert. Die Ideologie und Propaganda einer weißen Herrenrasse schlägt heute auf die Herrschenden zurück: Die Weißen widersetzen sich erbittert jeglichen Reformversuchen.

### Sozialismus oder Rassenkrieg

Dies ist der tiefere Grund für das Schwanken des Apartheid-Regimes zwischen kleinen Zugeständnissen und brutaler Unterdrückung. Es ist ein Zeichen von Ausweglosigkeit, Schwäche und Panik, wenn die Herrschenden gleichzeitig Schwarze erschließen und am selben Tag nichtssagende Reformen ankündigen.

Kampf gegen Apartheid umfaßt auch Kampf gegen den Kapitalismus. Daher spielt die Bewegung der schwarzen, nicht-rassistischen Gewerkschaftsorganisation eine zentrale Rolle. Jahrzehntelange Guerillataktik hat das Regime nicht ansatzweise so zu erschüttern vermocht wie der erste Ansturm dieser noch jungen Gewerkschaftsbewegung, die den kapitalistischen Nerv des Systems getroffen hat.

Die sich zuspitzende Wirtschaftskrise bedroht zunehmend auch die privilegierte weiße Arbeiterklasse. Auch sie ist inzwischen von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Lebensstandard sinkt von Jahr zu Jahr. Aus Furcht vor einer schwarzen Mehrheits Herrschaft, in der sie dann die Unterdrückten wären, wenden sich die Weißen zur Zeit überwiegend der Reaktion zu, obwohl einige sich auch den nicht-rassistischen, überwiegend schwarzen Gewerkschaften angeschlossen haben.

Jetzt ist es unbedingt nötig, die weiße Arbeiterklasse dem Einfluß der Reaktionäre zu entziehen. Dies ist nur möglich durch das Aufzeigen der Perspektive eines sozialistischen Südafrika, in dem Arbeiter aller Hautfarben gemeinsam demokratisch die Wirtschaft und die Gesellschaft leiten. Die Alternative in Südafrika lautet heute: entweder Sozialismus oder blutiger Rassenkrieg.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung muß alles dafür tun, daß die erste, die sozialistische Lösung möglich wird. Die DGB-Gewerkschaften haben hier eine besondere Verantwortung, die südafrikanischen Arbeiter zu unterstützen, weil bundesdeutsche Kapitalisten eng mit südafrikanischen zusammenarbeiten, oft sogar identisch sind. Und: die BRD ist der wichtigste Handelspartner Südafrikas!

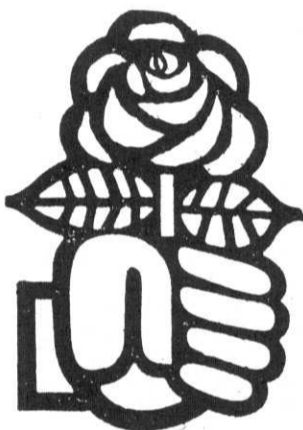
### Aktive Solidarität

Viele Einrichtungen und Gruppen, Linke und Gewerkschafter fordern auch energische Boykottmaßnahmen. Dies ist sicher zu unterstützen. Besonders effektiv kann ein Boykott (zum Beispiel von Waren) in Verbindung mit der südafrikanischen Arbeiterbewegung sein.

Denn der Generalstreik vom 16. bis zum 18. Juni hat das Regime bis ins Mark erschüttert. Deshalb die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die brutalen Polizeieinsätze gegen Gewerkschafter und Oppositionelle. Viele Mitglieder der nationalen und regionalen Vorstände des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU wurden verhaftet.

Gewerkschafter und Sozialisten müssen hier aktive Solidarität leisten (z.B. durch „Adoption“ von Gewerkschaftsgruppen in südafrikanischen Betrieben durch hiesige Belegschaften, ähnlich wie im britischen Bergarbeiterstreik). SPD und DGB sollten eintreten für:

- Unterstützung des Kampfes von ANC und COSATU
- Rücknahme von Pressezensur und Ausnahmezustand
- sofortige Freilassung der COSATU-Aktivistinnen und aller Apartheidgegner



## Erfolgreiche Juso-Arbeit in Lübeck



In der letzten VORAN wurde über die erfolgreiche Gründung einer Juso-AG im Lübecker Stadtteil Kücknitz während des schleswig-holsteinischen Kommunalwahlkampfes berichtet. Die AG hat sich inzwischen hervorragend entwickelt: An ihren 14-tägigen Versammlungen zu Themen wie Arbeit und Umwelt oder Jugend für Sozialismus nahmen in den letzten Wochen ca. 30 Jugendliche teil. Hier ist sicherlich eine der aktivsten Juso-AGs im ganzen Landesverband entstanden. An drei verschiedenen Abenden wurden allein 13 neue Genossen für die SPD gewonnen!

Der letzte Juso-Kreisvorstand von Lübeck (Vorstandskollektiv — VK), mehrheitlich Stamokap-beherrschend, verfolgte bisher eher das Konzept, wöchentlich öffentliche VK-Sitzungen abzuhalten, gelegent-

lich einmal eine Mitgliederversammlung durchzuführen und ansonsten Arbeitskreise einzurichten, die unter der Kontrolle des VK stehen. Dementsprechend nahm er die Aktivitäten der Kücknitzer AG sehr zurückhaltend auf. Auf der letzten Jahreshauptversammlung des Kreises legte er einen Satzungsentwurf vor, der die AG Kücknitz praktisch zu einem Arbeitskreis degradiert hätte.

Doch auf dieser Versammlung, zu der Mathias Kollatz vom Bundesvorstand sprach, wurden die Aktivitäten der AG Kücknitz positiv bewertet. Kollatz bezeichnete die Auflösung einer AG durch ein höheres Juso-Gremium ausdrücklich als satzungswidrig. Damit war der Satzungsentwurf zunächst vom Tisch und wird vom VK erneut beraten

und abgeändert. Bei den Vorstandswahlen wurden zwei Kücknitzer Vertreter (Olaf Clausen und Volker Hutfils vom AG-Vorstand) ins neue VK gewählt. Bei seiner Kandidatenvorstellung betonte Olaf Clausen, daß er sich für einen sozialistischen Wahlkampfbeitrag der Jusos und für die Gründung weiterer AGs im Kreis einsetzen wolle — trotz der auch weiterhin geäußerten Skepsis der anderen VK-Mitglieder.

Der neue Lübecker Juso-Vorsitzende Oliver Groth stellte fest, daß man von Lübeck nicht unbedingt mehr als von einer Stamokap-Hochburg sprechen könne, da wohl an der Basis die Mehrheit sich nicht voll über die politischen Positionen im klaren sei. In diesem Zusammenhang begrüßte der anwesende schleswig-holsteinische Juso-Landesvorsitzende Udo Wnuck, daß die AG Kücknitz eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der verschiedenen Juso-Strömungen durchführen will. (Wie von den Kücknitzern verlautet, bestehen zur Zeit Schwierigkeiten, einen Stamokap-Vertreter zu bekommen...)

Insgesamt besteht nach dieser Versammlung Hoffnung auf konstruktive Zusammenarbeit aller Jusos, um die Jungsozialisten auf- und auszubauen.

Greg Powell, Lübeck  
SPD-Mitglied

## LESERBRIEFE

### Als billige Arbeitskraft ausgebeutet

Liebe Genossinnen und Genossen, in kleinen Betrieben werden Auszubildende fast nur noch als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe nimmt dies immer üblere Formen an. Ein jüngstes Beispiel aus meinem Bekanntenkreis:

Eine Freundin von mir fing 1981 als Küchenhilfe in einem Gaststättentrieb bei Uelzen an zu arbeiten. Im Herbst 1982 begann sie dort eine Lehre als Restaurantfachfrau. Aus Angst, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren, nahm sie ihre gesetzlichen und tariflichen Rechte als Lehrling nie in Anspruch. Sie hatte immer nur eine halbe Stunde Pause und mußte oft länger als acht Stunden täglich arbeiten ohne entsprechenden Frei-

zeitausgleich. Sie hatte keine freien Wochenenden und nur einen Tag in der Woche frei.

Nach der Lehre arbeitete sie noch ein halbes Jahr in diesem Betrieb. Meistens hatte sie Spätdienst, d.h.

ihre Arbeitszeit begann um 14 Uhr (oder auch früher) und endete erst, als die letzten Gäste gingen. Das war normalerweise mitternachts oder auch später.

Im Februar dieses Jahres kündigte sie und hörte anfang März auf, dort zu arbeiten. Aber die Probleme hörten damit nicht auf! Wochenlang wartete sie auf die 2000 DM Lohn, die ihr ihr ehemaliger Chef noch schuldig ist.



Als ich diesen Leserbrief schrieb (Anfang April), waren erst 500 DM eingegangen. Um die restlichen 1500 DM muß sie weiterkämpfen.

Inzwischen arbeitet sie in einem Cafe. Dort erhält sie einen Monatslohn von 1500 DM brutto, hat eine geregelte Arbeitszeit und täglich eine Stunde Pause. Aber wie lange wohl noch?

Dorle Zerbin, Hausgehilfin  
Juso-AG Stuttgart-Süd

# Juso-Bundeskongreß: Viel Zündstoff - wenig Inhalte

**Harte Auseinandersetzungen prägten den Juso-Bundeskongreß Ende Mai. Wurde wenigstens um grundlegende politische Inhalte gestritten? Waren die Debatten Anregung zum Nachdenken? Gaben sie Anstöße für die praktische Arbeit einer Juso-AG vor Ort?**

Für mich ist die Antwort: Nein. Als Delegierter, der zum ersten Mal diese Aufgabe wahrnahm, war ich erstmal erschlagen von der Papiermenge: 1600 Seiten Anträge und Resolutionen, bei denen auch der abgebrühteste Tagungsprofi kaum den Überblick behalten kann.

Abgestimmt wurde natürlich trotzdem, unter den wachsamen Blicken der „Delegationsleitungen“ der einzelnen Bezirke, die mit moralischem Druck (meist erfolgreich)

sozialisten“ reindiktirt. Diese Richtlinien wurden in der Vergangenheit von allen Juso-Strömungen als unerwünschtes Gängelband empfunden. Jetzt setzt die Mehrheit ihre Hoffnungen darauf... (47% der 300 Delegierten waren diesmal schon Frauen).

Übrigens wurde jede Opposition gegen die fragwürdige Quotierung massiv unterdrückt. Die einzigen Anträge gegen Quotierung aus Köln wurden während des Kongresses un-

derungen mit reformpolitischen Schwerpunkten. Gegen grundlegende Reformforderungen wird niemand in der SPD Einwände vorbringen. Aber die Frage ist: Können sie durchgesetzt und dauerhaft abgesichert werden trotz der und gegen die Krise des kapitalistischen Systems? Wenn ja, dann ist eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft nicht mehr erforderlich. Die ist dann nur noch Zierrat. Folgerichtig tauchen Forderungen nach Überführung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum und Rahmenplanung der Wirtschaft natürlich nicht mehr als zentrale Hebel vor der Durchsetzung der Reformziele auf, sondern nur noch am Rande. Sie seien „längerfristig anzustreben“. Wenn aber die Reformen auch so funktionieren, warum dann überhaupt noch von sozialistischen Zielen reden?

An der aktuellsten Frage, der Atomkraft, wird das deutlich. Beim Bundeskongreß wurde die Forde-

rung nach „sofortiger Stilllegung“, die der Bundesvorstand noch bei seinem Aufruf zur Pfingstdemo in Hamm mitunterzeichnet hatte, auf „Ausstieg bis 1990“ zurückgedreht. Zwar wurde eine völlige Umkrempelung der Energiepolitik verlangt, aber die Eigentumsverhältnisse in der Energiewirtschaft brauchen scheinbar erst „langfristig“ geändert zu werden. Warum eigentlich noch, wenn am 1990 alles schon nach unseren Wünschen läuft, bei unveränderter Gesellschaftsstruktur?

Dagegen meinte der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Günther Jansen in einem Interview mit dem „Juso-Magazin“:



**Auch er bietet keine echten Lösungen.**

„Wenn wir mit der Energiewirtschaft zu keiner schnellen Ausstiegsplanung aus dem Atomstrom kommen, müssen harte Bandagen angelegt werden. Ich bin dann für eine bundesweite Enteignung der Energiekonzerne — für eine Verstaatlichung dieses Bereichs — damit sich

endlich die politische Zielsetzung durchsetzt.“

Dem ist nichts hinzuzufügen, außer:

— solche Bandagen müssen überall angelegt werden, wo Reformen sonst scheitern.

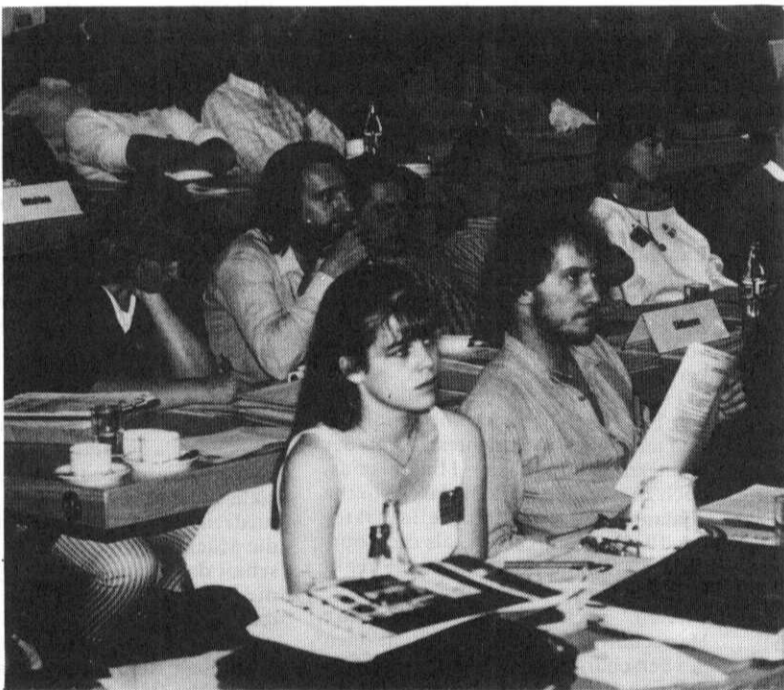
— die Jusos sollten eigentlich an vorderster Front mit diesen Forderungen stehen, und sie nicht gerade da zurückschrauben, wo sie am nötigsten sind.

Aber Anträge aus marxistischer Sicht, die solche grundsätzlichen Fragen behandelten, wurden meist per Geschäftsordnungsdebatte „berdigt“: so ein Antrag aus Stuttgart zur Kernenergie und Anträge aus Aachen und Stuttgart zum Inhalt des Juso-Wahlkampfbeitrages. Lediglich die Forderung nach einem Verbot der Aussperrung durch eine zukünftige SPD-Regierung fand Eingang in die Beschlüsse.

Wegen des langwierigen Fraktions-Gezettes um die Wahlen und der ebenso langatmigen Verabschiedung altgedienter Juso-Funktionäre wurde ein Großteil der Anträge unerledigt an den Bundesausschuß überwiesen, darunter fast der gesamte internationale Bereich. Zu so wichtigen Fragen wie der Massenbewegung in Südafrika bildete sich der Kongreß keine Meinung.

Das Stamokap/Göttinger-Bündnis hat jetzt eine satte Mehrheit. Ihre Anhänger müssen beweisen, daß sie offensiv nach außen gehen und im Bundestagswahlkampf den Verband aufbauen können.

**Kurt Pfeifle, Stuttgart  
Delegierter aus  
Baden-Württemberg**



**Sie alle suchten ein schlagkräftiges Programm, wurden aber mit leeren Floskeln abgespeist.**

für das „richtige“ Abstimmungsverhalten zweifelnder oder abweichender einzelner Delegierter sorgten. Und die Mehrheit war meistens klar: Ca. 165:135 Stimmen für das Bündnis von „Stamokaps“ und „Göttinger Kreis“ gegen die „Reformisten“ (Erläuterungen siehe Kasten).

Das Schlagwort der Mehrheit war „konsensuale Politik“. Die Fraktionskämpfe sollten durch „reformpolitische Schwerpunktsetzung und gemeinsame verbandspolitische Projekte“ überwunden werden. Doch die „Reformisten“ fühlten sich untergebuttert, weil ihnen die Mehrheit nur 2 von 8 Wahlfunktionen „zuteilte“. Nach den Wahlen verließen sie unter Protest den Saal, was die Mehrheit zum hektischen Abbruch des Kongresses veranlaßte. Trotz berechtigter Kritik an den undemokratischen Verfahrensweisen auf dem Kongreß darf nicht übersehen werden, daß die „Reformisten“ in ihren Hochburgen die Opposition bekanntermaßen mit den gleichen Methoden austricksen.

Taktik ging vor politischen Inhalten. Das zeigte sich an der „Quotierungsfrage“. Nach Wunsch der Mehrheit soll eine 40%ige Mindestbeteiligung für Frauen in allen Juso-Gremien in der Satzung festgeschrieben werden. Die „Reformisten“ wollten zwar Quotierung, aber nicht mit dem formalistischen Mittel der Satzung. Eine Satzungsänderung hätte einer 2/3-Mehrheit bedurft, die die Reformisten behindert hätten. Also ließ die Mehrheit in einer Kampf Abstimmung eine Resolution beschließen: der neue Bundesvorstand soll mit dem Parteivorstand aushandeln, daß er die Quotierung in den „Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaft der Jungs-

ter merkwürdigen Umständen zurückgezogen.

„Reformisten“ bildeten 15 Jahre lang die Mehrheit bei Juso-Bundeskongressen oder hatten zumindest den größten Einfluß. An der Juso-Basis verloren sie im Lauf der Zeit eine Untergliederung nach der anderen, weil die Jusos unter ihrer Führung in eine Krise gerieten, ganze Unterbezirke zusammenbrachen und Arbeitsgemeinschaften sich auflösten — und dann die sich marxistisch nennenden, radikaler redenden „Stamokaps“ eine Alternative für die verbleibenden Rest-Jusos zu bieten schienen (zumal ehemalige reformistische Führungsleute nach Erreichen der Altersgrenze in der Partei Diagonalkarriere — von links unten nach rechts oben — machten: Karsten Voigt oder Wolfgang Roth sind keine guten Aushängeschilder für die „Reformsozialisten“).

Jetzt haben die „Stamokaps“ viele starke Positionen in Bezirksvorständen erobert, wahrscheinlich mehr, als ihrer Verankerung unter den schätzungsweise 2400 Juso-AGs entspricht. Mit wachsendem Einfluß sind ihre radikalen Töne leiser geworden, wollten sie doch Konflikten mit dem SPD-Apparat aus dem Weg gehen.

Inhaltlich unterscheiden sich die Juso-Strömungen kaum noch erkennbar. Bei den Grabenkämpfen geht es hauptsächlich um Positionen für den eigenen Klüngel. (Die „Obergurus“ reden teilweise 5 mal täglich, ein gewöhnlicher Delegierter hat Schwierigkeiten, zu Wort zu kommen: Trotz vier verschiedener Wortmeldungen kam ich zum Beispiel kein einziges Mal ans Mikro!)

Die Mehrheit beschloß ein Programm politischer „Minimal“-For-

## „Undogmatische Linke“

Auch Reformisten genannt. Ihre Zeitung heißt „Sozialistische Praxis“, sie werden darum oft „SPler“ genannt. 1986 ca. 45% der Delegierten; bei den Wahlen erreichten sie nur 2 (von 7) Bundesvorstandsmitgliedern (Matthias Kollatz und Ruth Winkler). Die bürgerliche Presse sah in ihnen den radikalen Flügel, weil sie u. a. einen Änderungsantrag unterstützten, der die Nato-Mitgliedschaft in Frage stellte. Hochburgen z. B. in Hessen, Saarland und Niederrhein.

## „Göttinger Kreis“

Hervorgegangen aus der früheren „antirevisionistischen“ Strömung, die einst harte Kritik an Reformismus und Stalinismus auf Papier schrieb. Zeitung: „Sozialist“. Ca. 50 Delegierte. Hochburgen in Bayern. Im Bundesvorstand mit 2 Vertretern (Michael Guggemos und Christina Ujima), außerdem die Wahl zum Juso-Bundessekretär (Bernhard Groth) knapp gewonnen (gegen den SPler Martin Stadelmaier). Inzwischen im Dauerbündnis mit den „Stamokaps“, über die von ihrer Seite keine Kritik mehr zu hören ist.

## „Juso-Linke“

Auch Stamokaps genannt, ihre Zeitung heißt „spw“. Treffen sich im „Hannoveraner Kreis“, darum auch als HKler bezeichnet. Ihre Theorie ist angelehnt an die der DKP. Sie stehen dem „realen Sozialismus“ in Osteuropa relativ unkritisch gegenüber. Im Bundesvorstand mit 3 Vertretern (Olaf Scholz, Uwe Kremer und Hillevi Burmester). Da sie es als „abenteuerlich“ bezeichneten, den „einseitigen Austritt der BRD aus der Nato zu fordern“, wurden sie hinterher als „gemäßiger“ Flügel gesehen, obwohl sie vor wenigen Jahren noch Buhmann der bürgerlichen Presse waren. Hochburgen in Berlin, Hamburg und Ostwestfalen-Lippe.

# Bezirk Niederrhein Falken-Seminar über VORAN

Über die Entwicklung der SPD, insbesondere die Perspektiven der Genossen um die Zeitung VORAN, veranstaltete der Bezirk Niederrhein der Sozialistischen Jugend Deutschland — Die Falken Ende Mai ein Seminar.

Das Thema „Falken und SPD“ ist zwar wirklich nicht neu, aber hier wurde erstmalig eine Diskussion über die Perspektiven von VORAN geführt. Nachdem sich im letzter halben Jahr die unterschwelligen — manchmal auch ganz offenen — Angriffe gegen bei den Falken aktive VORAN-Unterstützer gehäuft hatten, war diese als offene Diskussion geplante Veranstaltung ein Schritt nach vorn.

## Veränderungen in der SPD

Genosse Detlef Black beschrieb in seinem Referat, wie sich kein Land der kapitalistischen Krise und zunehmenden Klassenkämpfen entziehen kann. Gerade in Krisenzeiten stellen die Arbeiter immer wieder ihre traditionellen Organisationen, d. h. hier die SPD und die Gewerkschaften, auf die Probe, werden aktiv und versuchen dort ihre Interessen einzubringen. So entstehen die besten Bedingungen für Veränderungen in diesen Organisationen.

Detlef erklärte die aktuellen Forderungen von VORAN und be-

endete sein Referat mit den Sätzen: „Wir erwarten nicht, daß die SPD-Führung bis Ende Januar 1987 dieses Programm übernehmen wird. Deshalb können und müssen wir einen starken marxistischen Flügel in der SPD und der gesamten sozialistischen Bewegung aufbauen. Darum fordere ich Euch alle auf, die marxistische Zeitung VORAN zu unterstützen und ihre Ideen zu verbreiten.“

Der Bezirksvorsitzende, Wilfried Hülsberg, eröffnete die Diskussion mit einem spontanen Gegenreferat. Als langjähriges SPD-Mitglied berichtete er aus eigener Erfahrung, daß sich dort in den letzten 20 Jahren nichts verändert habe und bezweifelte, daß dies in Zukunft möglich sei.

Verschiedene Diskussionsteilnehmer sprachen sich deutlich für eine Orientierung auf die Gewerkschaften und auf grün-alternative Gruppen, für den „Druck von der Straße“, aus. Das allerdings ohne dabei zu berücksichtigen, wie wenig allein durch die Massendemonstrationen in den letzten Jahren erreicht worden ist.

Bedauerlich war, daß nur ungenügend auf unsere Argumente eingegangen wurde. Streckenweise drängte sich mir der Verdacht auf, daß hier nur vorgefaßte Meinungen wie-

derholt wurden, die mit dem Diskussionsverlauf wenig zu tun hatten. Offenkundig war, daß Falkens von uns wohl erwartet hatten, wir würden die SPD in den Himmel loben und nun, da uns dies ziemlich fern lag, ein bißchen orientierungslos dastanden.

## Ähnliche Einschätzungen

REVIER-Redakteur Jens Büning, neuerdings auch SPD- und Falken-Mitglied, ein maßgeblicher Berater des Falken-Bezirksvorstands, stieß erst in der Halbzeit zur Diskussion. Ihm war wohl die Aufgabe zugeordnet, uns vor der Illusion zu warnen, mit einem Wahlsieg Johannes Rau's bräche automatisch der Sozialismus aus. Aber zur Überraschung vieler stimmten seine Einschätzungen und Perspektiven weitgehend mit unseren überein. Einer der ersten Sätze seines Referats lautete: „Die SPD ist nicht mehr die SPD der sozialliberalen Koalition.“ Jens entwickelte damit praktisch genau die Perspektiven, für die VORAN-Unterstützer jahrelang als Utopisten und Träumer abgetan wurden.

Diese Wende vollzog dann auch W. Hülsberg nach, indem er in seinem Schlußwort ein Wahlkampfprogramm entwickelte, nach dem sich die Falken für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm einsetzen sollen — also unsere Forderung aufgriff.

Für uns VORAN-Unterstützer war es Alles in Allem eine positive Erfahrung und ein wichtiger Schritt in die Offensive!

# Vor 50 Jahren: Die spanische Revolution mündet in Bür Die Führung versagt — die Arbeiter müssen die Folgen tragen

Vor 50 Jahren, am 18. Juli 1936, begann mit der Erhebung der reaktionären Franco-Truppen der spanische Bürgerkrieg. Er sollte über 2 1/2 Jahre lang andauern und stellte die vorläufig letzte Chance der europäischen Arbeiterklasse dar, Kapitalismus und Reaktion zu schlagen und somit den 2. Weltkrieg zu verhindern.

Doch der spanische Bürgerkrieg kann nur im Zusammenhang der turbulenten dreißiger Jahre verstanden werden, die vor allem in Spanien im Zeichen von Revolution und Konterrevolution standen. Fast alle Strömungen der Arbeiterbewegung hatten in diesen Jahren irgendwann die Möglichkeit, nach ihren Ideen zu handeln und alle scheiterten — außer dem revolutionären Marxismus, dessen Kräfte leider viel zu schwach waren.

Mit der Angst vor einer proletarischen Revolution wie in Rußland 1917 ging die Bourgeoisie in die Weltwirtschaftskrise 1929, die so gut wie jedes Land der Erde erschütterte. Überall wurden die Arbeiter erneut wacherüttelt und suchten die Auseinandersetzung mit dem Kapital. So auch in Spanien. Hier schlug die Krise besonders zu, weil der spanische Kapitalismus im internationalen Vergleich noch sehr rückständig und unterentwickelt war.

## Permanente Revolution

Die Arbeiterklasse war gegenüber der Restbevölkerung zahlenmäßig relativ klein. Nur 30% der Bevölkerung lebte in Städten. Auf dem Land lebten indes nicht so sehr kleine Bauern, sondern vor allem landlose Landarbeiter, die 3/4 der Bevölkerung ausmachten. Ihnen standen etwa 50.000 Großgrundbesitzer gegenüber. Die schwache spanische Kapitalistenklasse war jedoch wegen ihrer späten Entwicklung im Vergleich zu den starken imperialistischen Mächten und wegen ihrer engen Verbindung mit dem ländlichen Großgrundbesitz unfähig, alle Ketten des Feudalismus zu zerreißen. Sie fürchtete sich schon viel zu sehr vor sozialistischen Forderungen der Arbeiter. So konnten die Aufgaben der bürgerlichen Revolution nur von der Arbeiterklasse gelöst werden.

Die Arbeiter kämpften aber gleichzeitig für den Sozialismus, weil sie erkannten, daß die Probleme der Bauern und der nationalen Minderheiten nur gelöst werden konnten, wenn auch ihr Problem, die Abschaffung der Ausbeutung, gelöst würde. Der Kampf für demokratische Forderungen geht also direkt über in den Kampf für den Sozialismus.

Trotzki, neben Lenin der Organisa-

tor der russischen Revolution, nannte dies „Permanente Revolution“. Die Tragödie der spanischen Arbeiterklasse war, daß sie selbst zwar ihre Herrschaft erkämpfen wollte, die Führer der Arbeiterparteien aber glaubten, daß es wichtiger sei zuerst für eine längere Phase der „bürgerlichen Demokratie“, d.h. für die Herrschaft der Kapitalisten zu kämpfen.

1931 brach das von Feudalklasse, Kirche, Armee und Kapitalisten unterstützte Regime des Generals Primo de Rivera zusammen. König Alfonso mußte abdanken. Doch die Bourgeoisie verfolgte mit Angst die Begeisterung der Arbeiter, die froh waren, mit ihren Organisationen endlich offen auftreten zu können. Die Kapitalisten hatten keine intakte, große Partei aufzuweisen. Aber die Führung der sozialistischen Partei (PSOE) hielt es für nötig, mit den schwachen bürgerlich-republikanischen Parteien ein Bündnis einzugehen. Dabei galt die PSOE als sehr radikale Arbeiterpartei, die sich 1921 beinahe der Kommunistischen Internationale angeschlossen hatte.

## Anarchisten

Die zweite und größte Massentendenz in der Arbeiterklasse war der Anarchismus. Er war deshalb so stark, weil die große Zahl der Landarbeiter und Arbeiter unterdrückter Minderheiten (vor allem Katalanen) nicht so schnell die Notwendigkeit einsahen, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen und einen Arbeiterstaat zu erkämpfen. Die Anarchisten lehnten jede Partei und jeden Staat ab. Sie boykottierten alle Wahlen zu dem neuentstandenen schwächlichen Parlament, den „Cortes“. Sie kontrollierten die größte Gewerkschaft des Landes, die CNT (Nationale Konföderation der

Arbeit), die 1,5 Millionen Mitglieder hatte.

Das Schlimme war, daß die Führer der Anarchisten wegen ihrer falschen Einstellung zur Rolle einer revolutionären Partei nichts mit dieser potentiellen Macht anzufangen wußten.

Die spanische Sektion der Kommunistischen Internationale ging mit armseligen 800 Mitgliedern in die 30er Jahre, hauptsächlich Kominternbürokraten unter Stalins Kontrolle. Später sollte die KP aber stark genug werden, um die Revolution verhindern zu können.

Auf internationaler Ebene hatte sich aber schon in den 20er Jahren in den kommunistischen Parteien eine Linke Opposition (ILO) herausgebildet, deren führender Kopf Leo Trotzki war. In Spanien hatte die ILO eine ihrer stärksten Sektionen. An den Warnungen Trotzki vorbei schloß sich die Mehrheit dieser Gruppe 1935 mit dem vom Programm her kleinbürgerlichen „Arbeiter- und Bauernblock“ zusammen und es entstand die sogenannte „Arbeiter-Partei der Marxistischen Einheit“ POUM. Die POUM war zentristisch, d.h. revolutionär in Worten, antirevolutionär in Taten, und konnte wegen ihrer Inkonsistenz ebenfalls die Arbeiter nicht zum Sieg führen.

Als 1930/31 die Monarchie in sich zusammenbrach, wurde der Bürgerliche Zamora Ministerpräsident, der schon unter der Monarchie Minister gewesen war. Largo Caballero, der wichtigste Führer der PSOE, war einer der beiden Minister in der bürgerlichen Regierung.

Bei den Wahlen wurde die PSOE stärkste Partei. Doch es zeigte sich schon nach den Wahlen, daß die arbeitende Bevölkerung eigene Forderungen aufstellte und auch dafür in Aktion treten wollte. Es gab viele örtliche Generalstreiks. In Sevilla setzte die bür-

gerliche Regierung Militär gegen die Arbeiter ein. Ergebnis: 30 Tote und 200 Verwundete.

## Bürgerliche Regierung konterrevolutionär

Die Jahre zwischen 1931 und 1934 waren geprägt von Streiks, Landbesetzungen, und verschiedenen regionalen Aufständen seitens der Arbeiter. Immer deutlicher zeigte sich der Staat als das, was ihn Engels beschrieben hatte: Als „Formation bewaffneter Menschen“ — zum Schutz des Privateigentums.

Gegen streikende Arbeiter und Landarbeiter, die das Land von Großgrundbesitzern besetzten, wurde militärisch vorgegangen. Arbeiter und Bauern zeigten sich sehr enttäuscht von der Regierung, der sie zur Macht verholfen hatten.

1932 machten Teile des Militärs einen Putschversuch, der aber mißlang, weil auch die konsequenteste Kraft der Konterrevolution, der Faschismus, noch zu schwach war: Die faschistische „Falange Espanola“ wurde im Oktober 1933 erst aufgebaut, als die Bourgeoisie erkannte, daß selbst die reaktionären Parteien, die bis jetzt existierten, nicht fähig waren, ihre Herrschaft zu sichern. In Situationen des verschärften Klassenkampfes wenden sich Kleinbürger oft begeistert zuerst den Arbeiterorganisationen zu und werden dann, wenn die Arbeiterführungen nicht konsequent nach vorne gehen, enttäuscht nach rechtsaußen getrieben.

## Enttäuschung mit der PSOE

1933 führte die Enttäuschung der Arbeiter über die sozialistische Partei zu einem Wahlsieg der reaktionären Partei CEDA gegenüber der Koalition. Sie vertrat ein Bündnis von Großgrundbesitzern, Kirche und Großkapital, vergleichbar mit der Deutsch-Nationalen Volkspartei der Weimarer Republik.

Die Erfahrungen der Jahre 1931 bis 1933 hatten die Arbeiter noch weiter politisiert. Nach der Ernüchterung durch den rechten Wahlsieg suchten viele Aktivisten in der Arbeiterklasse nach einer revolutionären Partei. Die Anarchisten hatten keine Partei; die Arbeiter wollten jedoch eine Partei, gerade weil die bisherigen Kämpfe zu verzettelt verlaufen waren.

Die winzige stalinistische KP befand sich mitten in einem Zickzackkurs. Ab 1935 schwenkte die gesamte „Kommunistische Internationale“ nach rechts und propagierte die „Volksfront“, nachdem sie mit ihrem Linksradikalismus dem Faschismus in Deutschland den Weg geebnet hatte.

So predigte die stalinistische Bürokratie auch in Spanien das Bündnis der „Kommunistischen Partei“ mit der Bourgeoisie und der bürgerlichen Gesellschaft.

Für die Linke Opposition bedeutete die objektiv konterrevolutionäre Politik der Komintern, u.a. nach der Erfahrung in Deutschland, daß sie keine Grundlage zu ihrer Reformierbarkeit mehr sah. Es war notwendig geworden, eine eigenständige revolutionäre Internationale aufzubauen. Doch das Programm ihrer spanischen Sektion

war eher unklar. So besannen sich viele Arbeiter, vor allem junge, auf die traditionelle Partei, die PSOE.

Wenn die Arbeiter keine weitere Alternative kennen, testen sie wieder und wieder die traditionellen Massenparteien. Die PSOE wurde praktisch wieder die Partei der 20er Jahre: Viele revolutionäre Arbeiter an der Basis und eine Führung, die dadurch wortradikal nach links ging.

Alle Anzeichen sprachen dafür, die PSOE hätte sich scheinbar über Nacht zu einer revolutionären Partei gemauert. Vor allem der Flügel um Largo Caballero gab sich bolschewistisch.

Doch im weiteren Verlauf des Kampfes wurde die PSOE zwei Jahre später von ihrer Führung durch die Volksfrontpolitik der Bourgeoisie ausgeliefert und beging damit politisch Selbstmord. Der radikale Jugendverband ließ sich mangels marxistischer Alternative von der stalinistischen KP vereinnahmen, was ihm jeden Elan nahm.

1934 war das Jahr einer starken Klassenpolarisierung. Als die CEDA in die Regierung eintrat, riefen die Sozialisten und Anarchisten zum Generalstreik auf. Der Generalstreik stellte die Machtfrage: Wer hat in der Gesellschaft das Sagen? Die Bourgeoisie oder die Arbeiter? Die Arbeiter erkannten, daß sie die eigentliche Macht hatten, weil nur sie die Wirtschaft, d.h. die Grundlage für das ganze gesellschaftliche Leben, tragen.

Viele Arbeiter gingen also konsequent weiter. Im nordspanischen Bergbaubereich Asturien besetzten sie die Stadt Oviedo und riefen die Kommune aus. Ein weiterer großer Kampf war ein landesweiter Bauernstreik im Juni 1934, der zeigte, daß die Arbeiter mit einem starken Verbündeten rechnen konnten.

## Blutige Unterdrückung

Dies sah die rechte bürgerliche Regierung und ging konzentriert daran, die größten Bewegungen zu zerschlagen.

Vor allem die blutige Unterdrückung der Bergarbeiter von Asturien zeigte den wahren menschenfeindlichen Charakter des Regimes: 3000 Arbeiter wurden ermordet, 30.000 bis 40.000 inhaftiert. Vollzogen wurde diese Bluttat unter dem Befehl von General Franco, der Fremdenlegionäre und Mauren kommandierte. Soldaten von außen waren zuverlässiger, wenn es darum ging, Folterungen und Massenhinrichtungen vorzunehmen.

Doch die Bourgeoisie kam nicht zur Ruhe. Die bürgerliche Regierung stolperte von einer Krise in die nächste und stürzte schließlich um die Jahreswende 35/36 über einen Finanzskandal.

Die Arbeiter waren nach den Niederlagen von 1934 wieder auf dem Vormarsch. Leider ließen sich die Arbeiterführer wieder auf ein Bündnis mit der immer unbedeutender werdenden „liberalen“ Bourgeoisie ein.

## Volksfront

Diese „Volksfront“-Politik basierte auf einem Programm, das die bürgerliche Demokratie forderte, während die Kapitalisten selbst schon auf die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen setzten.



Plakat zu Ehren der Tausenden von Arbeitern, die aus aller Welt kamen, und in den internationalen Brigaden kämpften!

# er Krieg

Sozialistische Partei, Sozialistische Jugend, der sozialistische Gewerkschaftsbund UGT, KP, Syndikalisten (also Anarchisten) und die POUM — sie alle unterstützten dieses Programm und gaben damit zu erkennen, daß sie nicht vorhatten, die Arbeiterklasse zum Sozialismus zu führen. Zwei linksbürgerliche Parteien waren die Bündnispartner dieser Arbeiterführer.

Die Anarchisten und die POUM traten zwar nicht in den Block ein, sie verhielten sich aber „kritisch solidarisch“, was schädlich war. Denn wer konnte den Arbeitern jetzt noch eine Perspektive geben, die eine Zukunft hatte?

Die Arbeiter wählten den „Volksfront“-Block an die Regierungsmacht, aber sie sahen diese Regierung vor allem als Mittel zur handfesten Erfüllung ihrer sozialen Bedürfnisse. Sie wollten eine Regierung, die nicht schießen läßt, wenn sie die Fabriken besetzten oder sich Land nahmen. Sie mußten bald sehen, daß sie sich getäuscht hatten.

## Faschistischer Aufstand

Im Juli 1936 begann die militärische Erhebung der Faschisten. So gut wie die ganze Armee schloß sich dieser Erhebung an. Nach nur kurzer Zeit kontrollierten die Faschisten ein Drittel Spaniens.

Die Arbeiter spürten instinktiv, daß sich die knallharte Alternative „Revolution oder blutige Niederschlagung durch die Konterrevolution“ stellte. Von Beginn des Jahres 1936 an hatten sie Waffen verlangt, doch „ihre“ Regierung hatte sie ihnen verweigert. Von Beginn an hatten die Arbeiter ihre Fabriken besetzt.

Im Sommer 1936 bestand in den nicht von den Faschisten kontrollierten Zweidritteln Spaniens eine instabile bürgerliche Regierung, die den Staatsapparat kontrollierte. Gleichzeitig hatten sich aber die Arbeiter und die arme Landbevölkerung eigene Organe (Fabrikkomitees, Bauernräte) und eine eigene militärische bzw. polizeiliche Organisation (Arbeitermilizen) aufgebaut. Im republikanischen Teil Spaniens bestand also eine Doppelherrschaft. Alle Führungen der Arbeitermassenorganisationen hielten die Arbeiter davon ab, mit ihren Organen die alleinige Herrschaft zu erkämpfen



**ESPAÑOLES:**  
**POR LA INDEPENDENCIA Y LA LIBERTAD DE NUESTRA PATRIA**  
**¡100.000 VOLUNTARIOS!**

Die ersten Poster warben Freiwillige für das 5. Regiment. Ihre Brigaden hatten Namen wie „Leningrad“ oder „Pariser Kommune“.

nes Lebens ohne Unterdrückung und Ausbeutung waren sie zu diesen enormen Opfern bereit.

Mit Ausbruch des Bürgerkriegs begann auch die KP eine immer größere Rolle zu spielen. Auf Anordnung Stalins setzte sie sich im bürgerlichen Staatsapparat fest. Dies war aber nur möglich, weil die Moskauer Bürokratie begann, Waffen an das republikanische Spanien zu liefern und damit einer der wichtigsten Machtfaktoren werden konnte.

Außerdem gelang es der KP, durch die Vereinnahmung der Jungsozialisten und die Eroberung von Positionen

diese Organisationen versuchten die Stalinisten, die sich voll auf die Verteidigung des Privateigentums einsworen, in Barcelona, einer Bastion der radikalen Arbeiter, vorzunehmen. Vorhergegangen war eine üble Hetzkampagne der KP, die in ihrer Presse von einer Verschwörung der „POUM-Trotzkisten“ mit den Faschisten redete.

Man muß bedenken, daß zu dieser Zeit die Moskauer Schauprozesse stattfanden, in denen Stalin seinen Verrat an der russischen Revolution mit Blut besiegeln ließ. Folterungen und Erschießungen der besten revolutionären Kämpfer ließen nicht lange auf sich warten.

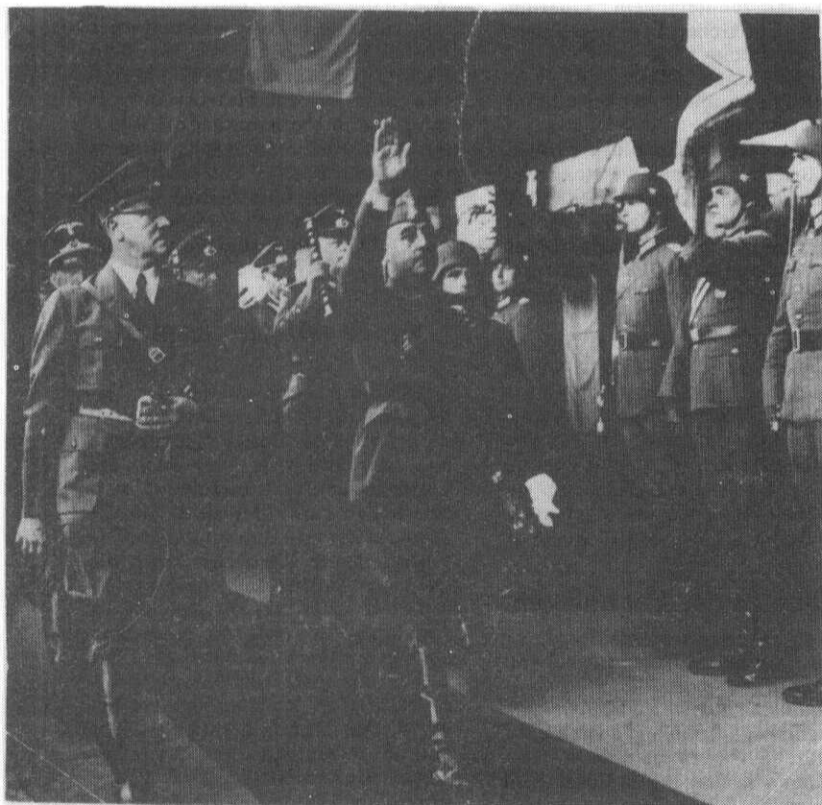
Am 2. Mai 1937 wollte diese Regierung, angetrieben von der KP, die Arbeiterklasse Barcelonas provozieren. Sie versuchte über den Polizeipräsidenten (ein KP-Mitglied) die Telefonzentrale besetzen zu lassen. Diese Zentrale war in der Hand von anarchistischen Arbeitern, und die Nachricht von der Besetzung brachte die Arbeiter auf die Barrikaden. Überall streikten sie, bewaffneten sich und eroberten nach und nach Teile der Stadt.

Die Bilanz dieser Kämpfe: 500 Tote und über 1000 Verwundete. POUM und die Anarchisten konnten sich aber nicht einigen, wie weiter vorzugehen sei. Eine revolutionäre Partei hätte diese Situation in eine siegreiche Revolution münden lassen können, aber die Führer der Anarchisten schlossen einen Waffenstillstand mit der bürgerlichen Regierung und die POUM vermochte es daraufhin mangels Entschlossenheit nicht, die vielen anarchistischen Arbeiter um sich zu scharen, die mit ihrer Organisation eine herbe Enttäuschung erlebt hatten.

## Stalinistische Säuberungen

Largo Caballero, inzwischen Ministerpräsident der bürgerlichen Regierung, und zwei stalinistische Ministern, natürlich eifrig unterstützt vom bürgerlichen Restkabinett, beschränkten die Autonomie Kataloniens und führten die Zensur ein. Doch das Verbot der POUM wollte Caballero nicht mit tragen. Er wurde am 15. Mai prompt durch den bürgerlichen „Sozialisten“ Negrin abgelöst; dieser Machtwechsel wurde betrieben von einem Bündnis von KP-Führern, Bürgerlichen und rechten PSOE-Funktionären.

Am 29. Mai wurde die Zeitung der POUM verboten, am 16. und 17. Juni wurden der POUM-Generalsekretär Andres Nin, die wichtigsten Funktionäre und viele hundert Anhänger der



Hitler und Franco; so endete der Spanische Bürgerkrieg mit dem Sieg des Faschismus.

und die bürgerliche „Volksfront“-Regierung abzusetzen. Sie schwächten und demoralisierten die Arbeiter und halfen damit letztendlich dem Faschismus, sich durchzusetzen.

## Bürgerkrieg

Doch vorerst konnten die Milizen militärische Siege über die Faschisten erringen. Sie konnten dem modernen Gerät der Faschisten, die von Hitlerdeutschland und Italien unterstützt wurden, „nur“ ihre eigenen Massen entgegensetzen, doch in Erwartung ei-

in der sozialistischen Gewerkschaft zum ersten Mal, eine gewisse Massenbasis zu bekommen. Natürlich setzten sich die Stalinisten das Ziel, den Putsch der Faschisten niederzuschlagen.

Vor allem viele einfache Kommunisten aus dem Ausland, die in Internationalen Brigaden kämpften, wollten dem Faschismus eine große Niederlage beschern. Doch die anderen Ziele für Moskau und seine spanische Partei waren: Die Revolution zu verhindern und deshalb die zwei linken Strömungen der Arbeiterbewegung, die Anarchisten und die POUM, zu zerschlagen.

Den entscheidenden Schlag gegen

# Wahlen in Spanien:

Bei den spanischen Parlamentswahlen am 22. Juni konnte die sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) ihre absolute Parlamentsmehrheit trotz Stimmenverlusten verteidigen. Dieser erneute Wahlsieg zeigt auch an, wie sehr sich das Kräfteverhältnis im Land zugunsten der Arbeiterklasse verschoben hat. Denn selbst in den 30er Jahren wäre eine absolute Parlamentsmehrheit für Arbeiterparteien unvorstellbar gewesen.

Der PSOE-Wahlsieg drückt nicht gerade große Begeisterung der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen über die Bilanz der letzten dreieinhalb Jahre aus. PSOE-Führer Gonzalez hatte 1982 versprochen, daß seine Regierung bis 1986 jährlich 200000 neue Arbeitsplätze schaffen werde. Im Gegensatz dazu ist die Arbeitslosigkeit um 700000 angewachsen. Heute sind nach offiziellen Statistiken drei Millionen Spanier arbeitslos, dies entspricht 22%, womit das Land die höchste Arbeitslosenrate in der EG hat. Jeder zweite Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren ist ohne Arbeit, und nicht einmal jeder dritte offiziell registrierte Arbeitslose erhält eine Unterstützung.

Das Wahlergebnis drückt in erster Linie aus, daß die Arbeiter und Jugendlichen in den Industriezentren ebenso wie die Masse der andalusischen Dorfbewohner eines auf keinen Fall wollte: einen Sieg der rechtskonservativen „Volkskoalition“ (CP) unter der Führung von Manuel Fraga. Es ist noch allgemein bekannt, daß er eine faschistische Vergangenheit hat und unter dem Franco-Regime „Informations“- d.h. Propagandaminister war.

Im Wahlprogramm der PSOE wurde so gut wie gar nichts versprochen. Gleichzeitig blockte der Parteiapparat, der im Moment keine innerparteiliche Demokratie zuläßt wie etwa im wesentlichen noch die SPD, die Kandidatur mehrerer linker oder auch sonst potentiell kritischer Abgeordneter ab.

Die Position des spanischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt ist in den letzten Jahren geschwächt worden. Der freie Import von Waren aus Europa hat diese Lage im letzten halben Jahr nach dem EG-Beitritt verschärft. Hunger und Armut wie in den 30er und 40er Jahren stehen jetzt wieder auf der Tagesordnung - nicht nur im ländlichen Andalusien mit seiner ungelösten Landfrage, sondern auch in den traditionellen Industriegebieten des Nordens.

Im Sommer 1985 beteiligten sich vier Millionen Arbeiter an einem eintägigem Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Arbeiter aus den von der Schließung bedrohten Werften, Stahlwerken und Kohlebergwerken führten in den letzten Jahren

POUM verhaftet und eingekerkert. Nin selbst und viele andere wurden von Stalins Geheimdienst, der GPU, heimtückisch ermordet.

Unterdessen tobte der Bürgerkrieg weiter, und die Faschisten eroberten Position um Position, hunderte Tausende von Arbeitern starben für ihre Sache, die von ihrer eigenen Führung nicht vertreten wurde. Trotzki schrieb zum Bürgerkrieg:

„Das Ergebnis des Bürgerkriegs hängt nur zu einem Viertel, wenn nicht Zehntel, vom Verlauf des Bürgerkriegs selbst ab, von seinen technischen Mitteln, der rein militärischen Leitung; zu drei Vierteln, wenn nicht neun Zehnteln von der politischen Vorbereitung. Worin aber besteht die politische Vorbereitung? Im revolutionären Zusammenschweißen der Massen, in ihrer Befreiung von der Sklavenhoffnung auf die Gnade, Großmut, Loyalität der „demokratischen“ Sklavenhalter, in der Erziehung revolutionärer Kader, in dem, die offizielle öffentliche Meinung gering zu achten und der Bourgeoisie gegenüber auch nur jenen zehnten Teil jener Unterbittlichkeit aufzu-

großartige Abwehrkämpfe bis hin zu Straßenschlachten mit der Polizei.

Jetzt sind neue Pläne bekanntgeworden, wonach Zehntausende von Arbeitsplätzen in den wichtigsten Industriezweigen (Automobil, Kohle, Stahl, Werften, Metallergbergbau) abgebaut werden sollen. Damit drohen ganze Industrieregionen zu Armenhäusern zu werden. Für Solchaga und das ganze Kabinett Gonzalez steht die Linie fest: Sie wollen die Schließung „unrentabler“ Betriebe durchboxen und hoffen, nach dem Wahlsieg jetzt für vier Jahre Rückenstärkung zu haben.

Doch Gonzalez' Illusion, daß ihm die Arbeiterklasse einen Blankoscheck ausgestellt hat, wird rasch wie eine Seifenblase zerplatzen. Nach der langen Geduld und Toleranz seitens der Arbeiter werden die Erwartungen und Forderungen jetzt stärker werden. Bei der Volksabstimmung über Spaniens NATO-Mitgliedschaft im Frühjahr stimmten mehrere Millionen PSOE-Wähler gegen die Regierung, d.h. für einen Austritt aus der NATO. In den Betrieben, den Arbeiterwohngebieten und Dörfern herrscht eine immer kritischer werdende Stimmung vor. Der Führer des sozialistischen Gewerkschaftsbundes UGT, Redondo, ist unter dem Druck seiner eigenen Basis in letzter Zeit immer mehr auf Distanz zur Regierung gegangen und hat fast als einziger sozialistischer Parlamentarier den Sozialabbau kritisiert.

Die Geduld der Arbeiter neigt sich dem Ende zu. Größere Streiks, Betriebsbesetzungen und soziale Explosionen sind unvermeidlich. Der Klassenkampf in Spanien wird genau so wie in Griechenland in vielerlei Hinsicht von starken Erschütterungen und schroffen Wendungen geprägt sein.

Sobald Gonzalez in den Augen der Kapitalistenklasse die Bewegung der Arbeiter nicht mehr kontrollieren kann, wird sie ihn absägen und eine rechte Regierung bilden - möglicherweise mit massiver Unterstützung vieler rechter Karrieristen in der heutigen PSOE-Parlamentsfraktion.

Spätestens dann wird in PSOE und Gewerkschaften, ähnlich wie in den 30er Jahren, ein linker Massenflügel entstehen. Die Marxisten um die Zeitung „Nuevo Claridad“, die jetzt schon an der Parteibasis ein großes Ansehen genießen, werden dann die große Chance haben, Hunderttausende und Millionen für ihr marxistisches Programm zu gewinnen und den Durchbruch zu einem sozialistischen Spanien schaffen können.

Hans-Gerd Öfinger, Essen  
 Jungsozialist

bringen, die die Bourgeoisie den Werktätigen gegenüber an den Tag legt. Ohne solche Stählung wird der Bürgerkrieg, wenn die Verhältnisse ihn aufzwingen — und sie werden ihn auf jeden Fall aufzwingen! — unter den für das Proletariat ungünstigsten Bedingungen verlaufen...“

Noch anderthalb Jahre zog sich der Bürgerkrieg in Spanien hin — bis zum März 1939. Am Ende blieben eine Million tote spanische Arbeiter, die sich heldenhaft dem Faschismus entgegengestellt hatten. An ihrer Kampfbereitschaft hatte es nicht gelegen, daß er nicht in einem Sieg und in einem sozialistischen Spanien endete, sondern daran, daß ihre eigenen Führer sie im Stich ließen und sich lieber mit der alten verrotteten Gesellschaft arrangierten. Sowohl diese Führer sowie die bürgerliche Regierung, als auch Stalins Agenten mußten vor den Faschisten ins Ausland fliehen. Die Arbeiterklasse Spaniens wie auch ganz Europas mußte die Folgen tragen.

Bruno Hof, Aachen  
 Jungsozialist

## Literaturhinweise:

- L. Trotzki, Die permanente Revolution.
- L. Trotzki, Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1932 - 39. 2 Bände
- L. Trotzki, Spanische Lehren.
- L. Trotzki, Klasse, Partei und Führung.
- George Orwell, Mein Katalonien.
- Alle Titel erhältlich über die Redaktion.



# US-Terror gegen Arbeiter und Bauern

Der Überfall des US-Imperialismus auf Libyen stieß in der Arbeiterklasse und der Jugend international auf Empörung. Um Reagans Attacke jedoch richtig einschätzen zu können, muß man sie in im Zusammenhang mit der weltweiten Entwicklung sehen.

Im letzten Jahr schafften es die entwickelten kapitalistischen Länder, den Ausbruch der nächsten Wirtschaftskrise durch verschärfte Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Welt hinauszuzögern. Allein der Ölpreisverfall führte 1985 zur Einsparung von 160 Mrd. US-Dollar, für 1986 werden 230 Mrd. erwartet. Für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen in der „3. Welt“ bedeutet diese Verzögerung aber eine weitere dramatische Verschlechterung ihrer Situation.

Mit dem Angriff auf Libyen will der Imperialismus die Bewegung hin zur sozialistischen Revolution ab-

## Libyen

Die Vorfälle in Libyen werfen für uns als Sozialisten die Frage nach dem Charakter des Gadhafi-Regimes und nach den politischen und sozialen Zuständen in Libyen auf. Ist das Land wirklich auf dem „arabischen Weg zum Sozialismus“, wie Gadhafi behauptet, wird die Macht wirklich durch die Massen ausgeübt?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir einen Ausflug in die jüngere Geschichte Libyens unternehmen. Bis 1969 regierte dort der König Idris. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien hatten Luftwaffenstützpunkte und Garnisonen in dem Land und machten durch das libysche Öl große Profite — die Situation der Massen verbesserte sich jedoch nicht im geringsten. Libyen zählte zu den unterentwickeltesten Ländern der Erde.

Nachdem der König 1969 durch eine Gruppe junger Offiziere, darunter auch Muammar Gadhafi, gestürzt worden war, warf das neue Militärregime die Engländer und die Amerikaner kurzerhand aus dem Land und verstaatlichte im Laufe der siebziger Jahre die überwiegende Mehrheit der ausländischen Ölkonzerne.

Auch die Banken und sämtliche in den 70ern aufgebauten neuen Industrien wurden unter die Kontrolle des Staates gestellt. Das Militärregime des Oberst Gadhafi verstand es, den Ölreichtum und die radikalen

Reformen zur Hebung des Lebensstandards der Massen zu benutzen. So wurden schon 1970 die Löhne und Gehälter auf einen Schlag verdoppelt. Diese durch den Ölreichtum des Landes ermöglichten Reformen sind der Grund für die relative Stabilität des Gadhafi-Regimes.

Offiziell ist Libyen eine „Sozialistische Arabische Volksrepublik“, die Macht wird durch die „Volkskongresse“ ausgeübt. In Wirklichkeit ist das Land ein Polizeistaat. Parteien und Gewerkschaften sind verboten, jegliche Opposition wird unterdrückt und Diskussion ist nur insoweit zugelassen, wie sie die Ansichten der Staatsführung unterstützt.

Bezeichnenderweise gibt es weder in der Ölindustrie noch in der Armee, den beiden entscheidenden Gebieten der libyschen Gesellschaft, „Volkskomitees“, die angeblich die Macht im Lande haben. In den letzten Jahren hat Gadhafi zwar Volksmilizen unter Teilnahme der Massen aufgebaut und sich dadurch die Sympathien großer Teile der Jugend und der Frauen sichern können, doch geschah dies nur, um Gadhafis herrschende Clique vor möglichen Umsturzversuchen von Rivalen aus den eigenen Reihen der regulären Armee zu schützen. Auch die sogenannten Volksmilizen werden von oben kontrolliert.

Die Massen sind vom politischen Leben ausgeschlossen. Sie waren weder am Sturz des Königs 1969 noch an der Errichtung der „Volksmacht“ 1977 beteiligt. Die überwiegende Mehrheit der libyschen Bevölkerung ist bäuerlich, und 60% aller Arbeitskräfte sind Arbeitsmimi-

bremsen. Reagan will nicht gegen den angeblichen „Staatsterrorismus“ Gadhafis kämpfen oder eine „demokratische Revolution gegen linke und rechte Diktaturen“ durchführen. Die Kriegsdrohung soll eine Invasion gegen die Revolution in Nicaragua vorbereiten. Mit einer Welle nationalistischer Begeisterung soll der gegen einen derartigen Einmarsch befürchtete Widerstand der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern gebrochen werden. Jedoch sind diese Absichten gescheitert oder zumindest nur teilweise erreicht worden.

Zudem würde eine Invasion in Nicaragua zu einem Bürgerkrieg und letzten Endes zu einer Niederlage des Imperialismus wie im Vietnamkrieg führen.

Was der Imperialismus auch immer versucht: Unabhängig von einzelnen und zeitweiligen Rückschlägen wird es zu einer Beschleunigung des Prozesses der kolonialen Revolution kommen.

granten aus den arabischen Nachbarländern, da es in Libyen selbst zu wenig ausgebildete Arbeiter gibt.

Libyen ist weit davon entfernt, sozialistisch zu sein. Zwar ist die wirtschaftliche Basis des Kapitalismus fast vernichtet worden, doch der bürgerliche Staatsapparat blieb intakt. Die Militärclique hat diesen nach ihrem Putsch 1969 übernommen, ihn zu ihren eigenen Zwecken umgestaltet und durch den Mechanismus des „Staates von oben“ die schon beschriebenen Veränderungen durchgesetzt.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen jedoch, daß die Arbeiter und die mit ihnen verbündeten Bauern den bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen und verändern können, sondern daß sie diesen nach Lenins Worten „zerbrechen“ müssen, um den eigenen, den Arbeiterstaat, aufbauen zu können.

### Militärregime

Die Macht in Libyen liegt in den Händen des Militärregimes und dessen Günstlingen, wie Offizieren und staatlichen Bürokraten. Solch ein über den Klassen stehendes Regime ist gewöhnlich sehr instabil und kann nur für eine kurze Zeit existieren. Doch die Grundlage für Gadhafi bilden der Ölreichtum des Landes und der Ölboom der 70er Jahre, die es ermöglichten, den Massen einen relativ hohen Lebensstandard zuzugestehen und sich dadurch kurzfristig Unterstützung zu sichern.

1980 erzielte Libyen noch 22 Milliarden Dollar Einnahmen aus den Erdölgeschäften. Mit dem Ende des Ölbooms sanken sie auf 8 Milliarden im Jahre 1985. Damit schwindet auch die Basis des Regimes, denn der Spielraum für Reformen wird enger. So griff die Regierung in den letzten Jahren zu Sparmaßnahmen und es kam zu Lebensmittelverknappungen, die zu Unruhe und zum Anwachsen der Opposition, besonders unter der Studentenschaft, führten.

Die einzige Perspektive für Libyen liegt in der sozialistischen Revolution. Daher treten wir für den Sturz der Diktatur Gadhafis und für die Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie ein, die den Imperialismus zurückschlagen kann.

Dies ist der einzige Weg, die erreichten Reformen zu verteidigen und auszubauen — unter der Kontrolle der arbeitenden Massen und nicht unter der Kontrolle der Militärclique.

Für Libyen alleine gibt es wegen der zurückgebliebenen Industrie und der schwachen Arbeiterklasse allerdings keine Lösung — die libysche Revolution kann nur ein Signal für die soziale Umwälzung in der ganzen arabischen Welt sein.

Claus Ludwig, Bremerhaven  
Jungsozialist



## Nicaragua

1979 befreite sich die Bevölkerung Nicaraguas von einem 56 Jahre andauernden Alptraum und stürzte die blutige Diktatur des Somozaclans nach jahrzehntelangem Guerillakampf. Ein Generalstreik gab den Ausschlag beim Sturz der 1935 von den USA eingesetzten Militärherrschaft. Die Sandinisten übernahmen die Regierung.

Sofort nach der Revolution wurde der Besitz Somozas verstaatlicht, um ihn im Interesse der Arbeiter und armen Bauern zu nutzen. 40% der Industrie und 50% des bebauten Landes, Kredit- und Transportwesen liegen heute in den Händen des Staates.

Die unter Somoza katastrophale gesundheitliche Versorgung wurde unmittelbar nach der Revolution durch ein Programm medizinischer Sofortversorgung und den Bau von Krankenhäusern in Angriff genommen. Das Analphabetentum ist von 42% (nach anderen Angaben sogar 65%) auf 15% gesenkt worden.

### Sabotage der Kapitalisten

Die nationale Bourgeoisie hat von Anfang an versucht, die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren. Speiseölfabrikant Robelo gab die Leitlinie vor: „Selber investieren wir keinen Centavo mehr.“ Das Bürgertum hat sich bis heute daran gehalten: Massive Kapitalflucht trieb die Inflation in die Höhe, die Wirtschaftspolitik der Sandinistas wird erfolgreich unterlaufen.

Die staatliche Institution ENABAS soll beispielsweise die Lebensmittelverteilung zu Festpreisen übernehmen. Stattdessen jedoch werden die Nahrungsmittel von den Kapitalisten zu 30 bis 100% höheren Preisen über den Markt erteilt. Obwohl der Löwenanteil der ausländischen Kredite direkt oder indirekt in die Privatindustrie floß, hat der private Sektor der Wirtschaft kaum investiert, d.h. 47 Millionen US-Dollar im Vergleich zu 374 Millionen US-Dollar Staatsinvestitionen.

Der Kampf gegen die Contras zeigt, daß die Massen die bisher erkämpften Reformen mit Zähnen und Klauen verteidigen. Wären die USA zur Intervention bereit, würden sie das Gegenteil ihrer Absichten erreichen. Was sie dann erwartet, ist kein schneller Falklandkrieg, sondern ein blutiger Bürgerkrieg wie in Vietnam, der die Revolution in alle Länder des Kontinents tragen würde. Die USA selbst würden nicht unberührt bleiben: 25 Millionen US-Bürger sprechen spanisch! Das sind die Gründe, aus denen Reagan zögert.

### Bruch mit dem Kapital

Die Sandinisten müssen den Widerstand des Kapitals brechen und die in privatem Besitz verbliebenen 60% der Industrie und 90% der Landwirtschaft konsequent verstaatlichen und unter die Kontrolle der Arbeiter und Bauern stellen. Die Festigung der Revolution wird die USA in Alarmbereitschaft versetzen. Die Chancen, die Revolution von innen zu zerstören, sind dann aber genommen. Es wird den USA früher oder später nichts anderes übrig bleiben als zu intervenieren, bevor die Revolution Mexiko erreicht und an die Haustür der USA selber klopft. Um so wichtiger ist es, die ganze Bevölkerung in die Entscheidungen der Regierung einzubeziehen, um so eine stabile Front gegen jegliche Angriffe der Konterrevolution zu schaffen. D.h. konkret die Erweiterung, Verbindung und Zentralisierung der Arbeiterorganisationen, wie der Gewerkschaft, Frauen- und Jugendverband und so weiter.

Die Komitees der Arbeiter und Bauern müssen einen Appell an die Massen Zentral- und Lateinamerikas richten, um die Revolution zu verteidigen und auf die Nachbarstaaten auszudehnen.

Alexandra Grundmann, Hamburg  
Jungsozialistin



### Internationale Notizen

**USA.** 1500 Arbeiter streiken beim größten Aluminium-Produzenten des Landes um Lohnerhöhungen. (1.6.86)

**Norwegen.** Die Zahl der streikenden Gemeindearbeiter, die um Lohnerhöhungen kämpfen, wurde auf 40.000 erhöht. (3.6.86)

**Belgien.** Seit Anfang Mai demonstrieren und streiken hunderttausende Arbeiter gegen die von der konservativen Regierung Martens geplanten drastischen Kürzungen im öffentlichen Dienst.

**Schweden.** Nachdem am 23.5. einige zehntausend Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes in den

Streik. Es geht um Lohnerhöhungen. Die Streikenden werden unterstützt durch Sitzstreiks und Protestaktionen von Schülern im ganzen Land.

**Irland.** Die irische Regierung setzte ab 26.5. Militär ein, um Milchversorgung und Wasserversorgung sicherzustellen, nachdem 4500 Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, vor allem auch der technischen Überwachung, zwei Wochen lang wegen Lohnerhöhungen streikten.

**Spanien.** Am 20.5. traten die meisten spanischen Hafenarbeiter in den Streik, um gegen die geplante Privatisierung dieses Sektors zu protestieren.

**Süd Afrika.** Schon am 1. Mai hatte ein Streik das öffentliche Leben und die Produktion weitgehend lahmgelegt. Die Arbeiter kämpften um die Anerkennung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und protestierten gegen das Apartheid-Regime. Der 10. Jahrestag des Soweto-Massakers, der 16. Juni, wurde nun zur größten Bewegung in der Geschichte des Landes: Ein erneuter Generalstreik demonstrierte die Macht der Arbeiterklasse.

# Kahlschlag bei Mannesmann

Der Mannesmann-Konzern setzt den massiven Arbeitsplatz-Abbau der vergangenen Jahre fort: Bis Ende 1987 soll die Belegschaft überwiegend in den drei Werken Mülheim (Ruhr), Duisburg(-Huckingen) und Düsseldorf(-Rath) um insg. 6500 verringert werden. Über die Hintergründe dieser neuen Konzernpläne sprachen Christoph Laub und Hans-Gerd Öfinger mit Werner Imhoff, Arbeiter bei Mannesmann in Mülheim und Mitglied der IGM-Vertreterversammlung in Mülheim.

1970 waren in 25 Rohrwalzwerken noch 50000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Heute sind es in 9 Rohrwalzwerken nur noch halb soviel Beschäftigte, nämlich 25000. Demgegenüber hat sich der Jahresumsatz pro Beschäftigtem innerhalb von 10 Jahren fast versechsfacht: Von 38000 DM (1976) auf 220000 DM (1985).

Verluste in der offiziellen Bilanz 1983 und 1984 sind dazu benutzt worden, allein in 15 Monaten (Januar 1985 bis März 1986) 7000 Arbeitsplätze in allen Röhrenwerken abzubauen. Und obwohl 1985 mit 256 Millionen Gewinn ein gutes Jahr für Mannesmann war, wird noch heute mit den Verlusten von damals versucht, die Belegschaft einzuschüchtern und auf weiteren Abbau vorzubereiten.

## „Japanisches Modell“

Gleichzeitig will Mannesmann das Beispiel japanischer Konzerne kopieren: Die Stammbetriebschaft soll so stark wie möglich verringert werden, und evtl. zusätzlicher Bedarf soll über Zeitarbeiter und Werkverträge bzw. Arbeitnehmer-Überlassungsverträge mit Fremdfirmen

abgewickelt werden

Über Jahre hinweg wurde der Belegschaftsabbau mit Sozialplänen nach der „59er Regelung“ abgewickelt: Die einzelnen älteren Kollegen bekamen eine Abfindung, und die Bundesanstalt für Arbeit bezahlte das Arbeitslosengeld. Doch seit 1982 ist diese „59er Regelung“ nicht mehr gültig: Damals war die Bundesanstalt in finanziellen Schwierigkeiten, und die SPD/FDP-Koalition veränderte das Arbeitsförderungs-gesetz (AFG), um die mißbräuchliche Subventionierung von Personalabbau aus dem Arbeitslosentopf zu erschweren. Die neue Fassung des § 128 AFG bedeutet für Mannesmann nach eigenen Aussagen die Pflicht, pro ausscheidendem Arbeiter/Angestellten an Arbeitsamt und Rentenversicherung bis zu 60000 DM zu bezahlen.

So versuchen die Röhren-Chets es jetzt auf „politischem“ Wege: Denn bei besonderen Härten kann der Arbeitsminister eine Ausnahmeregelung des § 128 beschließen. Und diese Kampagne der Konzern-Spitze scheint mit den Gesamt-Betriebsrat aller Röhrenwerke abgesprochen zu sein.

Am 13. Mai veröffentlichte die Konzernleitung ihre Pläne mit kon-

kreten Zahlen für die einzelnen Standorte. Schon zwei Tage später reagierte der Gesamtbetriebsrat mit seinen „Forderungen“, die schon weitgehend mit den Konzernplänen übereinstimmen;

- Auflösung aller Werkverträge
- Auflösung aller Arbeitnehmer-Überlassungsverträge
- genereller Einstellungsstopp
- Ausnutzung der natürlichen Fluktuation
- Vereinbarung von vorzeitigen Pensionierungen
- freiwillige Aufhebungsverträge
- Versetzungs- und Umschulungsmaßnahmen.

Mit dem Segen der zuständigen IG Metall-Instanzen wird jetzt von Konzernleitung und Gesamtbetriebsrat gemeinsam in Bonn und Düsseldorf Druck gemacht, um eine politische Ausnahmeregelung für den „notleidenden“ Mannesmann-Konzern durchzudrücken. Von einem Kampf um jeden Arbeitsplatz, vor allem im Interesse der Jugend, ist überhaupt gar nicht die Rede.

Und bei allen Tricks wird es diesmal auch unumgänglich sein, daß direkte Entlassungen ausgesprochen werden, wenn sich der Betriebsrat weiter auf den Personalabbau einläßt.



Mit angeblichen Bilanzverlusten werden Arbeiter eingeschüchtert

Dabei hat der gesamte Mannesmann-Konzern in den letzten 5 Jahren 1,1 Milliarden DM Bilanzgewinn verbuchen können. Laut „Frankfurter Allgemeine“ (28.5.86) hat der Konzern 1,5 Milliarden DM an flüssigen Mitteln zur Verfügung und sucht sich dafür Unternehmen, die er aufkaufen kann („Kriegskasse“).

Wie schon in unzähligen anderen Betrieben lassen sich die Betriebsräte auch hier auf die fatale Logik ein, „daß wir den Abbau nicht total verhindern können, um nicht auch gegebenenfalls die übrigbleibenden Arbeitsplätze zu gefährden“ (So Betriebsratmitglied Läufer im WDR 4 am 23.5.86). Doch wie oft ist als Ergebnis dieser „Salamitaktik“ nicht am Ende der ganze Betrieb dichtgemacht worden?

In Duisburg und Düsseldorf sind in den letzten Wochen Widerstandssaktionen aufgekommen! Im Mühlheimer Werk herrscht zur Zeit totale Unsicherheit und gebannte Anspannung in der Belegschaft. Einige Betriebe (Schlosser, Elektriker, Kranfahrer) sind völlig unterbesetzt und können nur durch massive

Überstunden aufrecht erhalten werden. Wo und wie abgebaut werden soll, ohne den ganzen Betriebsablauf zu stören, ist unklar.

Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Denn schon oft ist Angst in Wut und Kampfbereitschaft umgeschlagen, wenn die Belegschaft nur irgendeine Hoffnung gesehen hat.

Werner Imhoff:

„Als erstes braucht die Belegschaft jetzt eine volle Aufklärung über die wahre wirtschaftliche Lage des Mannesmann-Konzerns und den politischen Skandal, der darin besteht, daß Konzern und Betriebsräte gemeinsam die Subventionierung der Arbeitsplatzvernichtung aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung fordern. Schon das allein wird auf den Widerstand des Betriebsrates stoßen. Die Situation wird sich erst dann ändern, wenn sich aktive und entschlossene Kollegen aus der Belegschaft finden, um eine Gegenkraft zu bilden. Die deutlich vorhandene Unzufriedenheit in der Belegschaft muß einen klaren Ausdruck finden.“

Nach der Niedersachsen-Wahl

Fortsetzung von Seite 1

## Für Mobilisierung durch sozialistische Forderungen

Gerhard Schröder hat nicht geschafft, was Oskar Lafontaine im letzten Jahr im Saarland möglich machte. Betrachtet man die Wahlkampf-Strategie der Partei in Niedersachsen, so hat sich Schröder (der ja im SPD-Spektrum als eher links angesiedelt gilt) zunächst durchaus am Wahlkampf-Stil von Lafontaine orientiert. Doch schon sehr früh wurde - wohl auch unter dem Einfluß der SPD-Spitze - ein Schwenk zu einem Wahlkampf a la Rau vollzogen.

### Wahlkampf a la Rau

Zwar hat die SPD auf Arbeitslosigkeit, Lehrstellen-Not und Sozialabbau hingewiesen und auch in Wahlkreisen mit besonders hoher Arbeitslosenquote überdurchschnittlich gewonnen. Doch bei Umfragen vor der Wahl, welcher Partei in Sachen Wirtschaftspolitik und Arbeitslosen-Abbau die größere Kompetenz zugetraut wird, rangierte die CDU mit 20%igem Vorsprung vor der SPD!

Offenbar vermissen viele Wähler klare Aussagen darüber, wie denn die SPD die Wirtschaftspolitik in den Griff kriegen will. Dadurch verfängt bei eher rückständigeren Teilen der Arbeiterschaft die Propaganda, daß die CDU durch ihre (unbestritten) größere Nähe zum Kapital die Wirtschaft beleben könnte.

Die Wahlanalysen zeigen in diesem Zusammenhang auch, daß die SPD ihre traditionelle Wählerschaft nicht voll mobilisieren konnte. In ihren Hochburgen verzeichnete sie unterdurchschnittliche Gewinne. In ausgesprochenen Arbeiter-Wahlbezirken waren die Gewinne noch geringer.

Auch dies zeigt die Gefahr eines politisch profillosen Wahlkampfes, der auf die Wähler der angeblichen „Mitte“ schießt, bzw. glaubt, daß man CDU-Wähler nur durch konservative oder Null-Aussagen gewinnen könnte; die traditionelle Stammwählerschaft wird verprellt.

Hätte die SPD Arbeiter, Jugendliche und Studenten mehr mobilisiert, wäre der Zuwachs für die absolute Mehrheit ausreichend gewesen. Al-

lein das gleiche Ergebnis wie bei den Bundestagswahlen '83 hätte für die Mehrheit ausgereicht.

### GRÜNE weiter absteigend

Die Grünen haben zwar Stimmen dazugewonnen, doch bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie es nach Tschernobyl zu erwarten gewesen wäre. Und daß, obwohl die SPD bundesweit wie auch Schröder keine klaren Aussagen zur AKW-Frage machte, sondern nur über einen mittelfristigen Ausstieg nachdenken will. Schließlich existieren die Grünen überhaupt nur wegen der politischen Schwäche der Parteilinken, die gegenüber der zaghaften Politik der Parteiführung oft nicht die Flagge zeigen.

Wenn die Grünen trotzdem nicht von dem Tschernobyl-Effekt profitieren konnten und sogar 10.000 Stimmen an die SPD verloren, so ist dies ein weiteres Zeichen ihres Niedergangs, wie er schon bei den Landtagswahlen im Saarland und in NRW deutlich wurde.

### Absolute Mehrheit möglich

Die CDU ist noch einmal „mit einem blauen Auge davongekommen“ (Willy Brandt). Kohl und Geißler feixen bereits, die von der SPD angestrebte absolute Mehrheit sei eine „Phantom-Mehrheit“. Doch SPD-Anhänger sollten sich davon nicht beeindrucken lassen. Das Niedersachsen-Ergebnis kann nur vorübergehend die schweren Spannungen im Koalitionslager überdecken. Der Abwärts-Trend der CDU und die Unzufriedenheit ihrer bisherigen Wähler sind unübersehbar. Eine absolute Mehrheit der SPD auf Bundesebene ist nach wie vor möglich.

Allerdings hängt dies vor allem vom Programm und der Strategie der SPD-Führung ab. Ein auf Rau abgestellter „Versöhnen-Statt-Spalten-Wahlkampf“ kann ins Auge gehen. SPD-Linke und Jusos müssen sich für ein klares sozialistisches Wahlprogramm einsetzen:

- Sofortige Rücknahme aller Kürzungen im Sozialbereich, einschließlich derjenigen, die während der so-

zialliberalen Regierung durchgeführt wurden.

- Rücknahme der Wehr- und Zivildienstverlängerung und Rücknahme aller Gesetze zum Abbau demokratischer Rechte, insbesondere der Sicherheitsgesetze.

- Gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche durch Änderung der Arbeitszeitordnung und Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ohne Lohn- und Einkommensverluste.

- Mindesteinkommen von DM 1500,- netto für alle Erwachsenen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner, Studenten, Sozialhilfeempfänger).

- Verbot der Aussperrung.

- Massives staatliches Beschäftigungsprogramm im Umwelt- und Sozialbereich und Mietwohnungsbau mit Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Förderung der Frauenerwerbstätigkeit.

- Abbau aller stationierten Mittelstreckenraketen.

- sofortige Stilllegung der AKW's; Stopp für WAA und schnellen Brüter.

- Brechen des Unternehmer-Widerstands durch Mobilisierung für Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -Verwaltung.

Ein solches Programm würde Mitglieder und Anhänger begeistern und für den Wahlkampf motivieren. Durch einen offensiven Wahlkampf, der die Konfrontation mit Regierung und Kapital nicht scheut, könnten die Fronten deutlich gemacht werden: Dort die Unternehmer und ihr Gruselkabinett, das für Massenarbeitslosigkeit, weiteren drastischen Sozialabbau und Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte steht - Hier SPD und Gewerkschaften, die auf der Seite der Arbeiter, Jugendlichen und sozial schwachen stehen und entschlossen sind, eine Politik gegen das Kapital und für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft durchzusetzen.

Angela Bankert, Köln  
SPD-Mitglied

## Rosa Luxemburg: Vertrauen und Optimismus

Margarethe von Trotta Film „Rosa Luxemburg“ findet nicht zufällig gerade in der heutigen Zeit in der BRD große Beachtung. Denn damals wie heute haben wir es in der organisierten Arbeiterbewegung mit einer Führung zu tun, die von einem langen kapitalistischen Aufschwung geblendet, nicht in der Lage ist, zwangsläufige Krisen und Katastrophen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorrauszusehen.

Die Regisseurin verfolgt mit ihrem Film allerdings eine andere Absicht: Ihr geht es vor allem um die Frau Rosa Luxemburg, die den Kampf mit den spießigen männlichen Genossen aufgenommen hat und dabei trotzdem noch „weiblich“ geblieben ist. Daraus erklären sich auch zahlreiche romantisch bis kitschige Szenen in diesem Film.

Wer aus diesem Film mehr als nur rührende Episoden herausheben will, der braucht schon einige Vorkenntnisse, um die zahlreichen Anspielungen auf Personen und zeitgenössische Debatten, sowie Rosas Standort in der alten Sozialdemokratie richtig zu verstehen.

Mit gewissen Vorkenntnissen jedoch ist ein Kinobesuch sinnvoll. Trotta bemüht sich, die Rolle prominenter Parteiführer in den damaligen innerparteilichen Debatten getreu darzustellen: So wirkt der große, alte Parteichef August Bebel wenig revolutionär, sondern eher mäßigend in der Rolle eines Integrators, der den ganzen Parteiapparat zusammenzuhalten versucht. Noch schlechter kommt Karl Kautsky weg, der damals noch den Ruf eines marxistischen Parteitheoretikers hatte. In dem

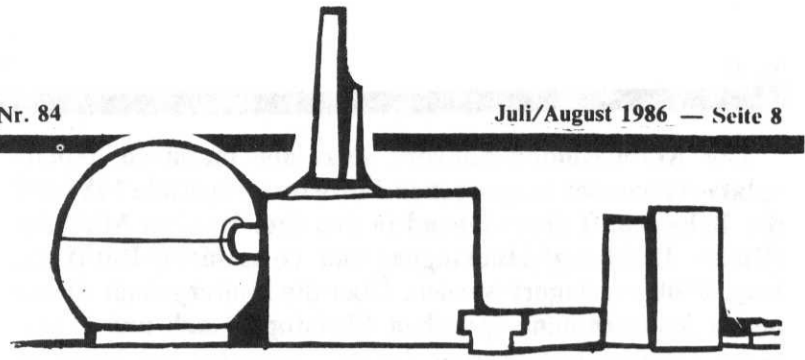
Film erscheint er als kraftloser Literat, der praktisch nichts bewegt und sich immer mehr auf zynische Kommentare beschränkt. Wie sehr er schon zum kleinbürgerlichen Realpolitiker geworden ist, zeigt eine Szene, in der er sich gegen den Abdruck eines Artikels von Rosa sträubt, weil dies die Partei bei den Wahlen schädigen könnte.

Es wird immer wieder deutlich, daß Rosa Luxemburg als Marxistin ihren Platz dort sieht, wo die Masse der Arbeiter organisiert ist. Als Clara Zetkin im August 1914 wegen der Unterstützung des Krieges durch die SPD aus der Partei austreten will, fragt Rosa sie kurz und bündig, ob sie dann nicht auch gleich aus der Menschheit austreten wolle. Ihr unerschütterliches Vertrauen in die Arbeiterklasse verliert sie nie. Selbst im Gefängnis aus versucht sie, weiter in den Klassenkampf einzugreifen, wobei ihr die Sympathien von Teilen des Gefängnispersonals zugute kommen.

Die deutsche Novemberrevolution 1918 bestätigt Rosas Vertrauen und Optimismus. Doch noch viel klarer als Karl Liebknecht erkennt Rosa die Notwendigkeit, die Energie der Arbeiterklasse gezielt und kompakt einzusetzen, anstatt sie in sinnlosen Einzelaktionen verpuffen zu lassen.

Der Film sollte für uns kein erbauliches kulturelles Feierabendprogramm sein, sondern Rosa Luxemburgs Kampf und Ideen sollten uns dazu anspornen, hier und heute dem Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen.

Britta Schoen, Essen



# Stoppt die Atom-Mafia!

14% der Bevölkerung sind für eine sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke (AKWs) und 57% sind dafür, die AKWs nach einer Übergangszeit stillzulegen. Das ergab eine Meinungsumfrage des Emnid-Instituts Mitte Mai 1986.

Leider ist die SPD-Führung weit davon entfernt, die kritische bis ablehnende Haltung der Bevölkerung aufzugreifen und umzusetzen in politisches Handeln gegen die Atomindustrie.

Einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie halten SPD-Parteivorstand, Bundestagsfraktion und sozialdemokratische Landesregierungen für unmöglich. Unumstritten ist inzwischen, daß aufgrund der großen Überkapazitäten die sofortige Abschaltung aller AKWs technisch möglich ist, ohne daß die Lichter ausgehen. Es müßten dann vorläufig andere Kraftwerke (Kohle, Gas, Öl) verstärkt zum Einsatz kommen. Dagegen wird argumentiert, daß diese Kraftwerke Dreckschleudern sind mit hohen Emissionen bei Stickoxid und Schwefeldioxid.

Tatsächlich sind die vorhandenen Kohlekraftwerke nur zum Teil mit modernen Emissionsschutzanlagen ausgerüstet. Doch die gleichen Genossen, die sich jetzt gegen eine verstärkte Inbetriebnahme von Kohlekraftwerken einsetzen, hatten nichts dagegen, daß das Kohlekraftwerk Buschhaus im Sommer 1985 ohne Entschwefelungsanlage und das Kohlekraftwerk Ibbenbüren im Dezember 1985 ohne Entstickungsanlage ans Netz gingen.

Sämtliche Kohlekraftwerke müssen sofort mit den modernsten Emissionsschutztechnologien ausge-

eine hohe Sicherheit bescheinigt. Das hat den GAU nicht verhindert. Es kann auch keine Rede davon sein, daß neue AKWs sicherer seien als alte. Das Kernkraftwerk in Harrisburg, das 1979 einen schweren Unfall hatte, war 1978 ans Netz gegangen. In der BRD gibt es AKWs, die zu Beginn ihrer Laufzeit unzählige Störfälle hatten. Jüngstes Beispiel ist der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Lentrop. Er befindet sich seit September 1985 im Probelauf und hatte bisher 121 Störfälle.

## Kapitalistische Atommafia

Ein schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie über 10 bis 20 Jahre kann nicht akzeptiert werden. Wenn die SPD diesen Kurs einschlägt, verzehmt sie die Gefahren der Kernenergie und vergißt, daß der sofortige Ausstieg immer noch der billigste ist, da nur so die immensen Folgekosten minimiert werden können. Da der sofortige Ausstieg keine technische, sondern eine politische Frage ist, kann es keinen besseren Augenblick geben. Jetzt ist die Masse der

- Sofortiger Bau- und Planungsstopp für alle AKWs und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.
- Keine Entlassungen als Folge des Ausstiegs aus der Atomenergie. Stattdessen Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung (z.B. Einbau von Filteranlagen in Kohlekraftwerke) und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- Ständige Überprüfung von Umwelt und Lebensmitteln auf Radioaktivität und Beseitigung radioaktiv verseuchter Lebensmittel unter Kontrolle durch unabhängige Umweltschutzorganisationen (BUND) und Gewerkschaftsvertreter (Betriebsräte, Vertrauensleute) in den betroffenen Bereichen.

- Offenlegung der Katastrophenschutzpläne und sämtlicher Reaktorstörfallberichte.
- Massives staatliches Krebsvorsorge-, Forschungs- und Therapieprogramm. Ausgabe der bei der EG eingelagerten Nahrungsmittel für Schwangere und Kleinstkinder.
- Um den Widerstand der Atomlobby gegen den Ausstieg aus der Atomenergie zu brechen und um eine Energieversorgung aufzubauen, die sich nicht an der Profitmaximierung, sondern an den Interessen der Bevölkerung orientiert, sind folgende Maßnahmen erforderlich:
- Alle an Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzerne (EVUs, Elektrokonzerne, Atomindustrie, Ölkonzerne, Baukonzerne, Banken, Versicherungen) sind entschädi-

- Alle Energieversorgungsunternehmen (EVUs) müssen durch einen gemeinsamen Energieversorgungsplan zusammengefaßt werden.
- Kontrolle und Verwaltung aller staatlichen EVUs und aller verstaatlichten Konzerne durch einen Rat, der sich zusammensetzt aus 1/3 gewählter Belegschaftsvertreter, 1/3 gewählter Gewerkschaftsvertreter und 1/3 gewählter Vertreter des Staates mit jederzeitiger Abwählbarkeit und Begrenzung des Gehalts dieser Vertreter auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Otto Wanner, Stuttgart  
Jungsozialist

## Atomunfall in Tschernobyl zeigt:

# Die Arbeiter müssen die Macht haben!

Nach dem Unfall in Tschernobyl hat die sowjetische Bürokratie eine Desinformations- und Verharmlosungskampagne gestartet, die der westlichen Propaganda in nichts nachsteht.

In der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten gibt es nun weder Kapitalisten noch Profitinteressen. Die Wirtschaft ist Staatseigentum und wird zentral geplant — also ein großer Fortschritt gegenüber der kapitalistischen Anarchie. Trotzdem kommt es immer wieder zu Fehlplanungen. Das Beispiel Tschernobyl zeigt deutlich, daß diese Fehler nicht mehr als zufällig und entschuldbar angesehen werden können, sondern systembedingt sind. Wir müssen uns also darüber klar werden, wie und von wem Entscheidungen getroffen werden.

## Wirtschaftlicher Aufbau

Der wirtschaftliche Aufbau der Sowjetunion erfordert natürlich die Erschließung neuer Energiequellen und den weiteren Ausbau der Energieversorgung. Dabei bot sich die Atomkraft als ein scheinbar billiger und problemloser Weg an, im Gegensatz zu den angeblich viel teureren und schwerer erschließbaren anderen Energiequellen. In einer demokratischen Planwirtschaft hätte es nun die Möglichkeit gegeben, Vor- und Nachteile der Kernenergie offen zu diskutieren und dann wäre eine Entscheidung von der arbeitenden Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse getroffen worden.

Die Wirklichkeit in den Ostblock-

staaten sieht leider anders aus: Statt Arbeiterdemokratie haben wir dort ein Regime von privilegierten Bürokraten. Die Wirtschaft wird von dieser herrschenden Schicht diktatorisch von oben herab geplant, denn wenn sie zulassen würde, daß die Arbeiter selbst etwas zu sagen hätten, würde sie sehr schnell ihre privilegierte Stellung verlieren.

Entsprechend sieht die Energiepolitik aus: Die Bürokratie ist nicht in der Lage, die Probleme mit der Erschließung und längerfristigen umweltfreundlichen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu lösen. Es ist zunächst leichter, große AKW-Blöcke in die Landschaft zu setzen. Im ganzen Ostblock gibt es nicht einmal eine gemeinsame Energieplanung.

Ohne Arbeiterdemokratie wird die Bürokratie höchstens dazu in der Lage sein, westliche kapitalistische Technologie und Produktionsverfahren nachzuahmen. Die schöpferische Initiative der Arbeiterklasse wird nicht genutzt.

## Unkritisches Ja zur Atomkraft

In der Öffentlichkeit wird die Kernenergie mit einer Blauäugigkeit propagiert, die schon an Zynismus grenzt und systematisch die Risiken verschweigt oder herunterspielt.

Die Angst des Kreml vor der eigenen Bevölkerung zeigte sich deutlich in den Reaktionen auf den Unfall: Erst wurde versucht, die ganze Angelegenheit zu vertuschen, und als das nicht mehr möglich war, wurde

der Unfall heruntergespielt und weiter versucht, Informationen zurückzuhalten. Nicht einmal die direkt betroffene Bevölkerung wurde rechtzeitig gewarnt. Wahrscheinlich sind viele Menschen gesundheitlich geschädigt worden, weil die sowjetische Führung zu feige war, einen Fehler sofort einzugestehen.

## Arbeiterdemokratie nötig

Nun zu den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl für die Ostblockstaaten. Fest steht, daß die gesundheitlichen Schäden in der Bevölkerung und der wirtschaftliche Verlust weit höher sind als die Sowjetunion bis jetzt zugeben will. Noch weniger kalkulieren läßt sich allerdings der politische Schaden für die Bürokratie. Und genau wie sich die radioaktiven Luftmassen nicht von Grenzen aufhalten lassen, greifen auch die politischen Auswirkungen auf die anderen Ostblockstaaten über. In Polen fanden bereits Demonstrationen und Streiks aus Empörung über die Atomkatastrophe statt.

Immer mehr Arbeiter in den Ostblockstaaten werden in Zukunft erkennen, daß die Planwirtschaft Demokratie nötig hat wie ein lebendiger Organismus den Sauerstoff. Das einzige Hindernis auf dem Weg zu einer sozialistischen Demokratie ist die herrschende Bürokratenclique — sie muß von den arbeitenden Menschen gestürzt werden.

Ulf Petersen, Bremerhaven  
Jungsozialist



Staat und Kapital verteidigen mit brutalen Polizeieinsätzen das Atom-Programm - gegen den erbitterten Widerstand der Anwohner und AKW-Gegner.

rüstet werden, egal ob sie immer oder nur zeitweise im Betrieb sind. Allein das Geld, das für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf ausgegeben wird, würde ausreichen, um sämtliche Kohlekraftwerke in der BRD zu entschweffeln und zu entstickern. Vorübergehend können außerdem emissionsärmere Kohle verfeuert und umweltfreundlichere Gas- und Ölkraftwerke eingesetzt werden.

## Kohle statt Atom

AKWs sind nicht umweltfreundlicher als Kohlekraftwerke. Selbst im Normalbetrieb geben sie radioaktive Strahlen ab und verseuchen die Umwelt. Es wurde sogar festgestellt, daß Wälder, die in der Hauptwindrichtung von AKWs stehen, stärker erkrankt sind.

Außerdem sind Störfälle und größere Unfälle in den nächsten Jahren nicht auszuschließen. Die offizielle US-Reaktorsicherheitsstudie von 1982 sagt für den heutigen Kernkraftwerksbestand weltweit für alle 4-5 Jahre einen schweren Reaktorunfall voraus. Die SPD darf auch kein Vertrauen schüren in irgendwelche Sicherheitsüberprüfungen. Die deutsche Atomindustrie hat dem Reaktor in Tschernobyl 1983

Bevölkerung unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl bereit, den Kampf gegen die Atomlobby zu unterstützen.

Der Kampf gegen die Atommafia muß betrachtet werden als Teil des Kampfes gegen das System. Die Atomindustrie ist ein Bestandteil der kapitalistischen Marktwirtschaft. Sie ist nicht dafür da, die vorhandenen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung rationell zu decken. Sie ist dafür da, daß eine kleine radikale Minderheit von großen Unternehmen Riesenprofite machen kann. Dabei nehmen sie keine Rücksicht auf Umwelt und Gesundheit der Arbeitnehmer. Für ihr Profitsystem gehen sie über Leichen. Deshalb müssen wir in der SPD und in den Gewerkschaften Mehrheiten schaffen für folgendes Programm:

- Sofortige Stilllegung aller zivilen und militärischen Atomanlagen und Abzug aller stationierten Atomraketen und deren Unschädlichmachung
- Bei einer Regierungsübernahme durch die SPD nach der nächsten Bundestagswahl muß diese Stilllegung ein Jahr nach der Regierungserklärung abgeschlossen sein.
- Sofortiger Einsatz modernster Emissionstechnologie in bestehenden Kraftwerken.
- Kein Export von Atomtechnologie ins Ausland.



## Unterstützt VORAN

Ich abonniere  6 Ausgaben 9,60 DM  
verkaufe  ..... Exemplare  
spende  ..... DM

Ich möchte VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name: .....

Anschrift: .....

.....

.....

An: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1  
Pscha Essen, Konto 2500 59-430  
BLZ 36010043